

Radiotele
s: „Karte
der Stunde
Schicht
ein Gesicht
Sie auf-

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. u.

Meldeste Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Für einen Monat 2 Reichsmark
mit Inhalten, einzelne Nummern 15 Reichspfennige.
Gemeinde-Verbands-Girokontos
Nummer 1. Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 8. Postcheckkonto Dresden 12 548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 48 Millimeter breite
Zeile 20 Reichspfennige. Eingesandte und
Reklamen 60 Reichspfennige.

Verantwortlicher Redakteur: Felix Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 68

Dienstag, am 20. März 1928

94. Jahrgang

Kanzleiangestellter

am 1. April 1928 für das unterzeichnete Gericht gesucht. Bedingungen: Gute Schulkenntnisse, gut leserliche Handschrift, der Kanzleistand und des Maschinenreitens kundig. Bezahlung nach Gr. III des Sächsischen Angestelltentarifs. Bewerbungsschreiben sofort. Amtsgericht Dippoldiswalde, am 19. März 1928.

Verteiltes und Sächsisches

Dippoldiswalde. Nach dem soeben erschienenen ersten Entwurf zum Fahrplan 1927/28 wird auf der Linie Hainsberg-Kipsdorf im Sommer 1928 keine Veränderung in der Zugzahl gegenüber der des Vorjahres eintreten. Auch der Sonntagsabzug ab Hainsberg 9.16 Uhr bis Malter verkehrende Zug ist beibehalten worden. Bei allen Zügen sind die Abfahrtszeiten die gleichen geblieben bis auf den nachts nach Sonntagen und Mittwochen verkehrenden Zug ab Hainsberg, der in Zukunft 13 Minuten später verkehren wird, ab Hainsberg erst 0.23, ab Dippoldiswalde 1.12, an Kipsdorf 1.51 Uhr. Bedauerlich bleibt es, daß den Wünschen der Arbeiterschaft auf einen ihnen günstigen Frühzug abwärts wieder in keiner Weise entsprochen wurde.

Dippoldiswalde. Die Hauptversammlung des Heimatvereins, die vor 14 Tagen noch in letzter Stunde abgefangen werden mußte, weil das Versammlungslokal anderweitig gebraucht wurde, wird nun nächsten Donnerstag im Fremdenhof "Goldener Stern" stattfinden. Es wäre erfreulich, wenn die Mitglieder ihrem altrügigen Vorsitzenden, Inspektor Braune, den Dank für sein Wirken durch zahlreichen Besuch dieser Versammlung bekunden würden.

Zwei Tage, heute und morgen, läuft in den Art-Nichtspielen der grob angelegte Film "Glanz und Elend der Kurthäuser". Der Titel drückt allerdings den Inhalt des Stücks kaum aus, denn in Wahrheit handelt es sich nicht um Kurthäuser-Leben, sondern um einen Kampf zwischen Gutem und Bösem, in dem erstere siegt. Die Hauptrolle verkörpert Paul Wegener. Er ist glänzend im Spiel als Bagnosträfling wie in der Maske eines Marquis. Auch die weibliche Hauptrolle wird durch Andree Lafossette bestens vertreten. Außer diesem Hauptfilm rollt eine ergötzliche Humoreske, der Kulturschiff fährt nach Bayern und die Wochenschau bringt des Renesse vom Tage.

Das vom Reichsarbeitsamt und der Genossenschaft D.B.A. gegründete große Wohlfahrtsunternehmen für erwerbslose Büchnenkünstler: "Die Gastspiele der Genossenschaft D.B.A., Spielgruppe Dresden", die vor einiger Zeit das hier so beeindruckend aufgenommene Stück "Johannisnacht" spielten, bringen als neue Vorstellung das Lustspiel "Der Herrscher" von Robert Grösch heraus. Dieses Stück hat überall besonders starke Erfolge gehabt und zwar auch lange am Dresdner Staatstheater ein ausverkauftes Repertoire. Mit reizendem Humor und kräftigem Wahnsinn baut sich eine sehr lustige Handlung auf: Ein selbstamer, alter Junggeselle ist gestorben. Die Verwandtschaft eilt herbei zur Beerdigung und vor allen Dingen zur Testamentseröffnung. Große Spannung und — alleiniger Millionenerbe ist Strupp der Pinshier. Ihm ist ein ganzer Stab zur Seite gesetzt, Dienst und Tierarzt sind seine steten Begleiter und Beschützer. Wie die Verwandtschaft auf alle Weise versucht, den verhafteten Röter zu besiegen, zeigen sehr komisch die Szenen des Stücks, bis es plötzlich zu einer überraschenden und völlig unerwarteten Lösung kommt." Das Stück ist mit sehr guten Kräften besetzt. Die Spielleitung liegt wieder in den Händen von Henne Schönstedt.

Bei derziehung am Sonnabend fiel das große Los auf Nr. 143 155 in die Staatslotterie-Einnahme von Gustav Gercke in Dresden. Das Los erscheint in zehn-Jahrtellteilung. Die glücklichen Gewinner erhalten auf ein Jahrzehnt 25 200 M. ausgezahlt.

Das Schöffengericht Dresden verurteilte den 1895 zu Geising geborenen, bisher unbestraften Postschaffner Steinbrecher wegen schwerer Unterschlagung im Umte in vier Einzelfällen und wegen zweier Vergehen nach den §§ 350 und 351 St.G.B. zu einem Jahr einem Monat Jochhaus und 600 M. Geldstrafe oder weiteren 40 Tagen Jochhaus Ersatzstrafe. Der Angeklagte, der dem Postamt Dresden-Wettberich zugetekelt war, hatte im Sommer und Herbst vorigen Jahres in fünf Fällen Beträge von 187—250 M. veruntreut und verweitet, sowie als Landbesteller die Belege dazu unrichtig geführt, geändert oder gar vernichtet.

Dem Telunion-Sachsendienst wird aus Hamburg gemeldet: Am Freitag, den 16. d. M., erschien bei Sarrafan, der hier auf dem Heiligengeistfelde gastiert, der Geschäftsvorsteher und pfändete eine Fowler-Lokomotive und einen Zimmermann-Traktor. Der Vorfall erregte großes

Aufsehen, zumal es sich um Maschinen handelt, die im Betriebe sehr wichtige Arbeiten zu leisten haben. Die Pfändung erfolgte im Auftrag des Stadtsteueramtes zu Dresden, und zwar für Konto "Vergnügungssteuer". In der Offenlichkeit versteht man die Maßnahmen des Dresdner Stadtsteueramtes nicht, das, anstatt in Sarrafan festem Zirkusgebäude zu Dresden zu pfänden, wichtige Bestandteile aus dem reisenden Betriebe nimmt, der in Wirklichkeit Sarrafanis Dresdner

Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Es wurden ihm mildernde Umstände zugewilligt, mit Rücksicht darauf, daß er aus der typischen Psyche des betrogenen Liebhabers herausgehoben habe. Deshalb wurden ihm auch die bürgerlichen Ehrentrechte nicht aberkannt. Außerdem erklärte das Gericht in der Urteilsbegründung, daß der Verurteilte die wertvollere der beiden in die Tat verwickelten Persönlichkeiten sei.

Leipzig. Am Sonnabend nachmittag ist im Schönefelder Park an einem 8-jährigen Mädchen ein Sittlichkeitsverbrechen verübt worden. Der Täter holt das Kind von einem Karussell weggezogen und hat gedroht, es ins Wasser zu werfen. Das Kind hat sich gegen ihn gewehrt, ist aber von ihm so furchtbar mishandelt worden, daß bei der Untersuchung durch den Arzt sogar der Bruch eines Armes festgestellt wurde. Der Täter ist unerkannt entkommen.

Hainichen. In Bockendorf bei Hainichen half am Donnerstag beim Umlegen der Brandmauern des am 17. 1. 1928 abgebrannten Hauses des Gutsbesitzers Klemm der Wirtschaftsbesitzer Otto Richter aus Niesberg. Dabei stürzte ein Teil der Mauer ein und verletzte Richter so schwer, daß dieser bald darauf im Krankenhaus starb.

Burgstädt. In einer aus allen Kreisen der Bevölkerung besuchten Versammlung, auf der auch die öffentlichen Körperschaften vertreten waren, wurde beschlossen, hier im nächsten Jahre an einem Sonnabend, Sonntag und Montag zur Zeit des Ferienbeginns ein Heimattfest abzuhalten. Als Garantiefonds für die Vorbereitungen sind städtischerseits 5000 M. bereitgestellt worden. Das lehre Heimattfest fand hier im Jahre 1904 statt.

Mühlau. Auf der stark vereisten und ausgefahrenen Oberfröhnaer Straße wollte ein Kraftwagenführer zwei Radfahrer überholen. Kurz vorher fuhr der eine Radfahrer den zweiten an, beide stürzten. Nur durch das scharfe Bremsen brachte der Führer seinen Wagen haarscharf von den auf der Straße liegenden Radfahrern zum Stehen. Der Kraftwagen wurde an einem Straßenbaum gedrückt und beschädigt.

Marienberg. Der Bezirksverband Marienberg hat sich dem Zweckverband "Sächsische Landesbühne" angeschlossen. Die Sächsische Landesbühne wird demzufolge jährlich 42 Vorstellungen im Bezirk geben, die sich vorläufig auf die Spielorte Großholzendorf, Lengenfeld, Olbernhau, Pockau, Drebach und Wolkenstein verteilen. Die Winterspielzeit wird am 14. Mai in Falkenstein i. V. abgeschlossen; die Werkstätten der Sächsischen Landesbühne bleiben in Olbernhau. Am 26. Juni beginnt dort die Sommerspielzeit des 10. Spieljahres der Sächsischen Landesbühne.

Plauen. Auf einem Bauplatz warf am Sonnabend nachmittag ein 15-jähriger Schüler einem 9-jährigen Knaben einen faustgroßen Ziegelbrocken mit solcher Wucht an den Kopf, daß der Junge zusammenbrach und in ärztliche Behandlung gegeben werden mußte.

Johanngeorgenstadt. Auf Anregung des Stadtrates in Johanngeorgenstadt, auf Bitte des Landesvereins Sächsischer Heimatschutz hat sowohl die sächsische Regierung, als auch die Regierung der Tschechoslowakei das Moor bei Johanngeorgenstadt, den sogenannten Kleinen Kranichsee zum Naturschutzgebiet erklärt. Die sächsische Fläche umfaßt etwa 15 Hektar, die tschechische in der Tschechoslowakei etwa 27 Hektar. Das Gebiet wird vom forstlichen Betrieb ausgeschlossen, jeder Abbau des Moores unterbleibt. Außerdem dulden Besucher weder Pflanzen pflücken, noch sonstwie schädigende Eingriffe in die eigenartige, urwüchsige Natur vornehmen. Besondere Kennzeichnungstafeln des Heimatschutzes machen die Besucher auf das Moor als Naturschutzgebiet aufmerksam.

Bautzen. Als in Belgershain das Inventar eines jüngst verstorbenen Landwirts versteigert wurde, sahen die Interessenten zu ihrer Überraschung, daß in einer Anzahl Wagen und Pflüge und andere Geräte ihre Namen eingraviert waren. Die Geräte, die Wagen und die Pflüge waren ihnen im Laufe der Jahre gestohlen worden. Es stellten natürlich sehr harte Worte über den unehrlichen Berufsgenossen. Die gestohlenen Sachen wurden sofort beschlagnahmt.

Bautzen. Der bekannte Nasen- und Ohrenspezialist Dr. Dütschke starb am Sonntag im Alter von 38 Jahren an einer Infektion, die er sich vor kurzer Zeit bei einer Operation zugezogen hatte.

Ebersbach. Am Sonnabend fuhr auf der Staatsstraße nach Rottmarsdorf beim "Goldenen Löwen" der Klempner Förster aus Zittau in den Anhängewagen des staatlichen Verkehrsonnibus der Strecke Zittau—Neusalza-Spremberg. Förster erlitt einen Schädelbruch und war sofort tot. Sein Sozialfahrer, ein Angestellter der Eberzwerke, Walter Jen, erlitt ebenfalls schwere Schädelverletzungen und wurde bewußtlos in die Wonsche Klinik eingeliefert. Sein Zustand ist hoffnungslös.

Chronik des Tages.

Das neue Zeppelin-Luftschiff „L. 3. 127“ soll Ende Mai oder Mitte Juni die ersten Probefahrten unternehmen. Reichsfinanzminister Dr. Köhler gab im Ständigen Interessenschutz des Haushaltsausschusses Erklärungen über sein Stellenplan ab. Am Montag nahm der Erste Lord der britischen Admiralität im Unterhaus zu dem Zwischenfall auf dem Kreuzer „Royal Oak“ Stellung. Auf der Personen Brandenburg-Berlin verunstaltete ein mit vier Personen besetztes Berlinge Auto: eine Insassin wurde getötet. Der bei Königs Wusterhausen aufgefundenen Tote ist identifiziert. Ein Verbrechen liegt nicht vor. In Niederzweckheim wurde ein 18-jähriger Bursche unter dem Verdacht, seine Mutter ermordet zu haben, verhaftet.

Das neue Zeppelin-Luftschiff.

Vortrag Dr. Edener in Leipzig. — Die Aufgaben des Luftschiffes. — Vor der Fertigstellung.

Im Festsaal des Buchhändlerhauses in Leipzig hielt Dr. Edener einen Vortrag über die Aufgaben des neuen Luftschiffes „L. 3. 127“, das seiner Vollendung entgegen geht. Das Luftschiff besitzt insgesamt 5 Motoren mit zusammen 2800 PS und enthält ein neues Treibgas, das nur zu 8 Prozent aus explosiven Gasen besteht. Ende Mai oder Anfang Juni sollen zunächst kleinere Probefahrten unternommen werden, so z. B. eine Deutschland- und eine Skandinavienfahrt.

Dr. Edener führte aus, im Anschluß daran könne man auch den Transatlantikflug näher treten. Was die Flugkosten von Spanien nach Südamerika betreffe, seien genaue Berechnungen der Rentabilität noch nicht möglich. Zur Erleichterung der Landungsschwierigkeiten könne man turze Untermaßen errichten. Davon, daß das Luftschiff ein „Schwemmerschiff“ sei, könne gar keine Rede sein; dieser Einwand sei durch die Sturmsfahrt des „Z. R. 3“ nach Amerika glänzend widerlegt worden! Einen Flug um die Erde könne man in etwa 12 Tagen durchführen. Zum Schluß betonte Dr. Edener den Willen, den Transatlantikflug durchzuführen und erklärte, das neue Luftschiff wolle beweisen, daß Deutschland wieder aufersteht und das deutsche Volk sich seine Weltgeltung wieder verschafft.

Der Überfall auf dem Bahnhof Lichterfelde

Die Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten vor Gericht.

In Berlin-Noabit begann am Montag der vorläufig auf zwei Wochen berechnete Prozeß gegen sieben Hakenkreuzler, die beschuldigt sind, auf den Bahnhöfen Trebbin und Lichterfelde im vorigen Jahre Landfriedensbruch verübt und sich dabei der gefährlichen Körperverletzung und Beleidigung schuldig gemacht zu haben. Der Hauptangeklagte, der als Führer angesehen wird, sitzt seit dem Mai v. J. in Untersuchungshaft.

Im März vergangenen Jahres benutzten Note Frontkämpfer und Nationalsozialisten nach einer Propagandafahrt den gleichen Personenzug. In Lichterfelde kam es dann nach kleineren Plänkereien zu einer regelrechten Schlacht. Steine wurden in den Wagen der Kommunisten geworfen. Schäfer hat einem Kommunisten fünf Schüsse beigebracht und dem Mann den Unterleib verletzt und ihm die Lunge durchbohrt. Man hat später festgestellt, daß etwa 30 Schüsse durch die Wagenwand gegangen waren. Bei der Durchsuchung wurden 230 Steine im Wagen gesund.

Moor- und Heidebrände.

Unvorsichtige Ausflügler tragen die Schuld.

Bei Hamburg entstand an der Langstedter Landstraße in Langenhorn ein ausgedehnter Gras- und Heidebrand. Mehr als 80 000 Quadratmeter Moor und Heide standen in Brand. Mit Wasser konnte die Feuerwehr wenig ausrichten. Das Feuer mußte in der Hauptfläche mit Besen und Haken ausgeschlagen werden. Nach Stundenlangen Anstrengungen konnte der Brand gedämpft werden.

Auch am Bahndamm beim Bahnhof Feuerbergstraße bei Hamburg entstand ein größerer Moor- und Heidebrand. Hier standen mehr als 20 000 Quadratmeter in Flammen. Kaum war die Gefahr hier beseitigt, so wurde auf preußischer Seite auf Ahendorfer Gebiet ein größerer Brand gemeldet, der sich über eine 10 000 Quadratmeter große Grasfläche hinzog und Buschwerk und Heide vernichtete. Auch dieser Brand konnte von der Feuerwehr nach längerer Arbeit gelöscht werden.

Die Ursache der in letzter Zeit überhandnehmenden Gras- und Heidebrände wird zum großen Teil auf Unvorsichtigkeit von Ausflüglern zurückgeführt.

Heidebrand im Taunus.

Im Bezirk der Gemeinde Neuhof im Taunus gingen 180 Morgen Heidekraut dadurch in Brand, daß Pfadfinder, die in einer Jagdhütte abkochten, unvorsichtig mit Feuer hantierten. Das Feuer griff auch auf eine Lennenschonung von 20 Morgen über. Der Schaden ist beträchtlich. Die Namen der Pfadfinder konnten festgestellt werden.

Aus Stadt und Land.

** Clärenore Stinnes in Peking. Clärenore Stinnes, die Tochter des verstorbenen Hugo Stinnes, ist auf ihrer Automobilreise in Peking eingetroffen. Sie hatte im Mai 1927 Berlin auf ihrem Adlerwagen verlassen und ihren Weg über den Balkan, Ankara, Syrien, Persien, Kaukasus, Sibirien und die Mongolei genommen. Zwei Monate mußte sie in Irkutsk warten, bis das Eis des Baikalsees die genügende Sicherheit bekommen hatte. Den 40 Kilometer langen Weg über den See schildert sie als den aufregendsten Teil ihrer Reise. Wiederholte sie in der Mongolei in Gefahr, in die Hände von Banditen zu fallen, und mußte daher große Umwege machen. Nach einwöchigem Auf-

enthalt in Peking wird sie ihren Weg nach Malakai und weiter nach Korea, Japan und Amerika fortsetzen.

** Todesopfer der Majorei. Zwischen Lehnnin und Werder, bei Görlsdorf, auf der Berliner Chaussee ereignete sich ein schwerer Autounfall. Der mit vier Personen besetzte Wagen des Bezirksdirektors der Nordstern-Versicherungs-Gesellschaft, Denize, aus Lichterfelde geriet beim Überholen eines anderen Wagens auf den Sommerweg. Das Auto geriet ins Schleudern, prallte gegen einen Baum und wurde zerstört. Von den Insassen war ein Fräulein Erna Grob aus Berlin sofort tot, während ein Fräulein Rosalie Diefenbach aus Schönberg einen Oberschenkelbruch erlitt. Eine dritte Dame und der am Steuer sitzende Dr. Dr. Denize wurden durch Glassplitter verletzt.

** Pfadfinder und Blutattentat. In Bernau bei Berlin kam es zu einem Zusammentreffen zwischen Angehörigen des Roten Frontkämpferbundes und Pfadfindern. Dabei wurden drei Pfadfinder, die 12- bis 14-jährigen Schüler Burow, Linser und Schulz aus Britz verletzt. Die Polizei ist damit beschäftigt, die Schuldigen zu ermitteln.

** Der westdeutsche Kanalschifferstreit beendet. Der Reichsarbeitsminister hat den am 28. Februar dieses Jahres gefällten Schiedsspruch zur Beliegung des Lohnstreites in der westdeutschen Kanalschiffahrt für verbindlich erklärt. Damit ist die Streit- und Aussperrungsbewegung auf den westdeutschen Kanälen, die etwa vier Monate gedauert hat, beendet. Maßregelungen finden nicht statt; das Arbeitsverhältnis gilt als nicht unterbrochen.

** Zwei Frauen als Opfer einer Bluttat. In Göllingen in Thüringen ereignete sich in der Wohnung des Konrektors Wuestemann eine schwere Bluttat, der zwei Frauen zum Opfer fielen. Die vor einigen Wochen erst getraute Chefrau Emma Wuestemann wurde von ihrer Tochter, der nur ein Jahr jüngeren Martha Wuestemann, durch zwei Kopfschläge getötet. Die Täterin gab sich darauf selbst durch einen Schuß in die Schläfe den Tod. Streitigkeiten, die sich immer mehr und mehr zugespielt haben, sollen das Motiv zur Bluttat gewesen sein.

** Tagung der bayerischen Zeitungsverleger in Nürnberg. In Nürnberg tagten der Verein bayerischer Zeitungsverleger und der Arbeitgeberverband für das bayerische Zeitungsgewerbe. Der Landesverbandsvorsitzende Kommerzrat Kling-Augsburg referierte eingehend über die wichtigsten Lagesfragen des bayerischen Zeitungsgewerbes. Major Müller-Freising erstattete sodann ein Referat über die Frage der Lohn erhöhungen bei den Buchdruckern, sowie über die Redakteurgehälter und behandelte weitere Fragen der Organisation und des Prestiges. Die Tagung beschloß die Teilnahme des Vereins an der „Pressa“ in Köln und bewilligte einen dafür notwendigen Zuschuß. Der bisherige Vorsitz wurde wiedergewählt und als nächster Tagungsort Coburg bestimmt.

** Ein geheimnisvoller Fund. Bei Port-de-Piles an der Bahnstrecke Tours-Poitiers ist eine Diplomatenaktentasche mit wichtigen Dokumenten, einem Schek über 25 000 Lire, Telegrammen aus Rom und versiegelten Schriftstücken gefunden worden, sowie eine Visitenkarte des Generalkonsuls von Guatemala in Rom, de Montefiore. Die Aktentasche wurde dem Befehlshaber der Gendarmerie von Poitiers übergeben.

** Drei Italienkurator Rechtsanwälte in Italien verhaftet. Drei Italienkurator Rechtsanwälte, die sich auf einer Autotour durch Italien befanden und bei Mailand einen Knaben überfahren hatten, sind an der Grenze bei Tarvis von den italienischen Behörden verhaftet worden. Sie hatten nach dem Unfall das Kind in ihr Auto genommen und in ein Spital eingeliefert und darauf die Reise fortgezogen. Es gelang ihnen, noch einen österreichischen Zollwächter von ihrer Verhaftung zu verhindern.

Kleine Nachrichten.

* Der französische Dampfer „Uttetia“ stieß mit dem amerikanischen Dampfer „Balzac“ beim Einlaufen in den Hafen von Buenos Aires zusammen. Der Dampfer „Uttetia“ ist dabei am Bug leicht beschädigt worden.

* In Semlin wurden die Sprecher der Staatsseebahn durch einen heftigen Brand zerstört. Das Feuer war durch Explosion in einem Benzintank entstanden.

Der „rote“ Prinz.

Zu seinem 100. Geburtstage am 20. März.

Generalfeldmarschall Friedrich Karl, Prinz von Preußen, wurde als einziger Sohn des Prinzen Karl, des Bruders Kaiser-Wilhelms I. und der Prinzessin Maria von Sachsen-Weimar, der Schwester der Kaiserin Augusta am 20. März 1828 in Berlin geboren. Als schneidiger Reiter in roter Husaren-Uniform wurde er im Volksmund der „rote“ Prinz genannt.

Er nahm in den verschiedensten militärischen Rangstufen und zuletzt auch noch als Generalfeldmarschall an den drei Feldzügen 1864, 1866 und 1870-71 teil und war bekannt wegen seiner persönlichen Tapferkeit und seines Draufgängertums. Der Prinz starb in einem Schlaganfall am 15. Juni 1885 auf seinem Jagdschloss zu Klein-Ollnitz bei Potsdam.

Der Prinz war nicht leutselig, er war sogar sehr streng und energisch, sein Wesen war eher starr und hart, als herablassend und freundlich, trotzdem hingen einige Leute begeistert an ihm, sein Wort war das Evangelium des Soldaten, jeder Jurus von ihm wurde enthusiastisch bejubelt. Er war eben der Typus des bis zur Rücksichtslosigkeit kühnen Reitergenerals und des geborenen Heerführers. Von seiner Vollständigkeit zeugen die folgenden

Knoboden.

Die Reichshauptstadt Berlin besitzt ein kleines, wohl gänzlich unbekanntes Wahrzeichen, das an einen Vorfall, der dem jungen Prinzen Friedrich Karl passt, erinnert, und zwar ist dies das sogenannte „Huf-Kufen am Fenster“. Als junger Chemiker fuhr der Prinz mit seiner Frau, die sich — was bei Damen

wiederholt vorkommen soll — bei ihrer Toilette verpaßt hatte, von seiner, damals im Bonnrothschen Hause, Lindenstraße 3, gelegenen Wohnung zum Palais eines Großvaters, des Königs. Da der Prinz wußte, daß der König höchst ungern werden konnte, wenn er wartete, ließ er den Wagen in schnellster Gangart losjagen. Der Wagen raste die Rampe des Palais heraus, der Kutscher parierte kurz durch und drehte sich einem der Pferde vom Hinterhuf ein Eisen ins Gesicht. Das flog durch die Fensterscheibe direkt am Kopfe des Königs, der bereits Platz genommen hatte, vorbei auf den Tisch, Teller und Gläser dabei zerstümmert. Der König erschrak natürlich heftig, doch sein Enkel konnte sofort die richtige Erklärung geben. Zum Gedächtnis ließ Friedrich Wilhelm III. das Eisen am Fenster befestigen, wo es heutzutage noch zu sehen ist. (Es befindet sich am Kronprinzenpalais im ersten Stockwerk, in dem von der Schloßbrücke ab gerechnet vier Fenster an der rechten Fensterwange im Höhe des Fensterkreuzes.)

Etwa im Jahre 1855 spielte der Prinz, ganz gegen seinen Willen, eine kurze politische Rolle. Als ich nämlich die ersten Anzeichen einer unheilvollen Krankheit beim König Friedrich Wilhelm IV. sah, und damit die Notwendigkeit eintreten mußte, daß der künftige Prinz von Preußen — der spätere Kaiser Wilhelm I. — die Zügel der Regierung in die Hand nahm, bildete sich eine zwar kleine, jedoch sehr tätige Partei, die alle Mittel in Bewegung setzte, den ihr — seit 1848 — verhassten Prinzen von der Nachfolge auszuschalten und unter seiner Umgebung die Krone auf die zweite Linie — nach Verzicht des Prinzen Karl — auf dessen Sohn zu übertragen und diesen zum König zu proklamieren. Die Führer jener Parteiaubten sich sowohl Aulands wie des preußischen Volkes Zustimmung sicher, hatten aber die Hauptperson, den Prinzen, nicht um seine Meinung gefragt. Als dieser dann durch Mittelsleute von der Absicht dieses Staatsreiches erfuhr, erklärte er derart scharf eine Meinung, daß die Herren gar nicht zu Ende redeten, sondern schleunigst das Zimmer verließen.

Im Jahre 1864 — nach Jahrzehnten des Friedens, wurde ein Teil der preußischen Armee mobilisiert und rückte in Dänemark ein. Alter Blide wachten auf den jungen Heerführer, den Prinzen Friedrich Karl, gerichtet. Der Prinz erschütterte die Hoffnung, frischer Vorber erstmals die preußischen Fahnen. Da schrieb ihm sein Sohn einen begeisterten, kindlichen Brief, der mit den Worten schloß: „Papa, siege doch mal wieder.“

Der Prinzen persönlicher Adjutant war Graf Blumenthal gewesen, der 1864 ihm dann wieder als „Graf des Stabes der kombinierten mobilen Armeecorps in Schleswig-Holstein“ — so lautete der Titel — zur Seite stand. Der Prinz ritt eines Tages mit seinem Armeecorps durch Holsteins gesegnete Auen. Auf Seiten, von dichten Hecken umzäunten Wiesen weidete das Vieh. Mitten in diesen Wiesen stand hier und da ein Pfahl, man stark und fest in den Boden gerammt. Dem Prinzen stelen diese merkwürdigen Pfähle auf, und er fragte Blumenthal: „Was sind denn das eigentlich für merkwürdige Pfähle da auf den Wiesen?“ „Das sind die Kompagniehöfe“, sagte Blumenthal totieren. „Kompagniehöfe?“ wunderte sich der Prinz. „Die Truppe nennt sie so, Königliche Hoheit, weil sich jeder Schieß daran reibt.“

Der Wald brennt!

Jedes Jahr, wenn der Frühling einzieht in die Natur, dann bringt er mit all dem Schönen und Guten, das er uns schenkt, leider gleichzeitig auch wieder für uns immer weniger werdenden Wälder die Gefahr der Waldbrände mit sich. Es ist ja zur Genüge bekannt, daß gerade im März unsere Waldwaldungen besonders gefährdet sind. Daß gerade dieser Monat eine verhältnismäßig hohe Zahl von Waldbränden aufzuweisen hat, besonders in den Nadelwäldern, liegt daran, daß Kiefern und Fichten im Herbst stehen.

Die schädliche Bedeutung der Waldbrände darf nicht unterschätzt werden. Nach den amtlichen Aufzeichnungen des Preußischen Statistischen Landesamtes sind in den Jahren 1881 bis 1924 allein in Preußen nicht weniger als 15 637 Waldbrände mit 130 718 Hektar beschädigter Waldfläche statistisch erfaßt. Das will sagen: in einem 44-jährigen Durchschnitt wurden Jahr für Jahr 2970 Hektar durch 355 Schadenseuer, also täglich ein Waldbrand auf 8,15 Hektar Bestand verwüstet.

Es ist hier nicht der Raum, aus alle Ursachen der Waldbrände einzugehen, wir können jedoch nur die Mahnung erheben: Seien wir alle vorsichtig! Im Walde sollte man überhaupt nicht rauchen. Außerdem ist es, abgesehen vom Winter, verboten! Gestattet ist lediglich die mit einem Deckel versehene Pfeife. Wer's also nicht lassen kann, der benutze sie meinwohligen. Aber kein glimmendes Bündholz fortwerfen! Das läßt man erst erfahren und bedeckt es dann an einer Stelle, an der der Boden kalt ist, mit Erde.

Sind auch vorsichtig, ihr Knaben und Mädel, die ihr draußen in der schönen Natur abholen. Achtet auf die Windrichtung, haltet euch fern, wenn ihr Feuer macht, von bewachsene Stellen, achtet auf den Funkenflug und verlässt die Stätte erst, wenn ihr euch überzeugt habt, daß sie vollkommen ungefährlich ist, nachdem ihr Erdreich darauf gegeben.

Wenn wir so handeln, dann haben wir wenigstens unsere Pflicht getan. Mancher Schaden wird verhindert werden!

Bleibet im Lande!

Die Welt steht zwar offen... aber nur Leuten mit Geld.

Im Jahre 1927 haben 60 000 Deutsche die „Flucht“ aus Deutschland ins Ausland ergriffen. Das ist eine erstaunlich hohe Zahl, denn vor dem Kriege

wanderten alljährlich durchschnittlich nur 25 000 Menschen aus Deutschland aus. Und in diesem Jahre wird die Zahl der Auswanderer noch bedeutend höher sein. Einsteils, weil in den Vereinigten Staaten das Eigentum der Deutschen wieder freigegeben wird und andererseits, weil — gewissenlose Bauernsänger rüdig an der Arbeit sind, Auswanderer zu werben, um den Auswandereragenturen und sich die letzten Ersparnisse der Reisenden zuzuschalten.

Um diesem gewissenlosen Treiben Einhalt zu tun, hat das Reich eine besondere Konzessionspflicht für Auswanderer-Beratungsstellen eingeführt; außerdem ist eine Reihe von halbamtlichen Beratungsstellen in Berlin, Bremen, Breslau, Dresden, Essen, Frankfurt a. M., Halle, Hamburg, Köln, Königsberg, Leipzig, Stuttgart und Stettin errichtet worden. Man höre nun, was der Leiter der halbamtlichen Berliner Auskunftsstelle sagt:

Merkwürdige Ansichten herrschen in weiten Bevölkerungsschichten über die Aussichten, die deutsche Auswanderer in fremden Ländern haben. Täglich kommen junge, abenteuerlustige Burschen zu mir, die völlig mittellos sind, die aber glauben, daß der Staat ihnen das Reisegeld schenken wird. Nicht selten sind die jungen Abenteurer bereit, sich auf einem Schiff anheuern zu lassen, um so das Reisegeld zu ersparen. Nur mit Mühe kann man ihnen die romantischen Pläne ansprechen; denn es gibt gerade in Deutschland viele arbeitslose Seeleute, und die Gewerkschaften achten in den Hafenstädten scharf darauf, daß kein Außenseiter auf einem Schiff beschäftigt wird.

Vor allem muß ich jedem Auswanderungslustigen sagen, daß, wie zu allem, auch zum Auswandern Geld gehört. Vermögenslose sind auch in überseeischen Ländern kein gern gesuchter Bevölkerungszuwachs, und die meisten Staaten verweigern Ausländern die Einreise, wenn sie glauben, daß die Einwanderer der Gesellschaft zur Last fallen würden. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, wohin 90 Prozent der deutschen Auswanderer ihre Schritte lenken, schämen sich durch harte Bedingungen vor mittellosen Ankömmlingen. Der amerikanische Konsul verlangt nämlich vor Erteilung des Visums entweder den Nachweis, daß der Reisende eine bestimmte Summe besitzt, oder eine Bürgschaftserklärung eines amerikanischen Staatsbürgers. Außerdem nimmt Amerika jährlich nur 51 000 Deutsche auf, so daß bei der großen Zahl der Angemeldeten die meisten ungefähr ein Jahr auf die Einreiseerlaubnis warten müssen. Auch Kanada verlangt den Besitz von ungefähr 500 Mark oder den Abschluß eines Dienstvertrages mit einer kanadischen Firma; ebenso verfahren Mexiko und die mittelamerikanischen Staaten.

Weniger ängstlich sind Argentinien, Chile und Paraguay, die keine besonderen Schwierigkeiten bereiten; auch für China, Japan und Niederländisch-Indien besteht keine Einreisebeschränkung. Diese Staaten kommen wegen der sehr hohen Reisekosten jedoch für deutsche Auswanderer fast gar nicht in Frage; kostet doch allein die Schiffssreise nach Japan in der billigsten Klasse ungefähr 1100 Mark. Australien verlangt den Nachweis, daß der Aufkommung ungefähr 800 Mark besitzt, und um nach Afrika einzwandern zu können, muß man den Besitz von 1000 Mark nachweisen."

Willst du also auswandern, dann brauchst du in den meisten Fällen Geld, und hast du keins, dann bleibe im Lande!

ff. Eine Virtuosin der kalten Küche. In einer großen amerikanischen Zeitung stand sich folgendes originelles Interview: „Ein junges Mädchen aus gutem Hause, deren Erziehung so untauglich ist wie ihre gesellschaftlichen Manieren und ihre Moral, sucht einen Platz als „Barmaid“ in einem Bahnhofrestaurant. Sie weiß besonders darauf hin, daß sie die Fähigkeit besitzt, mit einem Pfund Brot und einer Bierflasche nach Japan in der billigsten Klasse ungefähr 1100 Mark. Australien verlangt den Nachweis, daß der Aufkommung ungefähr 800 Mark besitzt, und um nach Afrika einzwandern zu können, muß man den Besitz von 1000 Mark nachweisen.“

Willst du also auswandern, dann brauchst du in den meisten Fällen Geld, und hast du keins, dann bleibe im Lande!

Handelsteil.

Berlin, den 19. März 1928.

Am Börsenmarkt waren keine wesentlichen Veränderungen zu beobachten.

Am Effektenmarkt setzte das Geschäft in uneinheitlicher Haltung ein. Die Börse war heute vertümmt. Bei stilllem Geschäft zeigten die Kurze ein leichtes Nachgeben. Vorübergehend trat eine leichte Erholung ein.

Am Geldmarkt war tägliches Geld reichlich vorhanden.

Am Produktionsmarkt waren teilweise recht erhebliche Preiserhöhungen für Brotsorten zu verzeichnen. Die etwas erhöhten Forderungen für Mehl waren nur in einzelnen Fällen durchzuführen. Hafer und Mais, die sich etwas teurer stellen, wurden ebenso wie Gerste und Hülsenfutterstoffe nur in kleinen Mengen erworben. Braunerste, die knapper geworden ist, wurde leicht abgesetzt. Dasselbe ohne Beachtung.

Devisenmarkt.

Dollar: 4,177 (Geld), 4,185 (Brief), engl. Pfund: 20,381 20,421, holl. Gulden: 158,07 168,42, ital. Lira: 22,055 22,095, franz. Franken: 16,43 16,47, belg. Franken: 58,315 58,325, schwed. Krone: 80,41 80,57, östl. Krone: 111,94 112,16, tschech. Krone: 112,08 112,30, norw. Krone: 111,46 111,68, türk. Krone: 12,377 12,397, öster. Schilling: 58,80 58,92, span. Peso: 70,21 70,35.

Warenmarkt.

Mittagsbörsen. (Amtlich.) Getreide und Dörsäaten über 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen Märk. 246—249 (am 17. 3.: 245—248). Roggen Märk. 255—257 (253—255). Sommergerste 235—280 (224 bis 280). Wintergerste —, — (—). Hafer Märk. 232—246 (230—238). Mais (olo) Berlin 234—236 (234—236). Weizenmehl 31,25—35 (31,25—35). Roggenmehl 34—36 (33,75—35,75). Weizenfleie 10,50 (16,50). Roggenfleie 16,25—16,50 (16,25—16,50). Raps und Leinfett —, —. Butterineben 46—57 (46—55). Kleine Speisebutter 34—36 (34—36). Buttererben 25—27 (25—27). Butterdosen 23—24 (23—24). Äderbohnen 23—24 (23—24). Böden 22—23,50 (22—23,50). Lupinen blonde 14—14,75 (14 bis 14,75). gelbe 15,25—16 (15,25—16). Zerrabella 25—28

(25—28). Kapernsugen 19,50—19,60 (19,50—19,60). Beinfuchen 24,10—24,30 (24,10—24,30). Trockenknödel 14 bis 14,50 (14—14,40). Sojaschrot 22—22,40 (21,80 bis 22,20). Kartoffelflocken 25,70—26,20 (25,50—26).

Gierkreise.

Bericht der Berliner amtlichen Notierungskommission: Deutsche Eier: Trinkeler: 1. über 65 Gramm 13, 2. 60 Gramm 11½, 3. 53 Gramm 9½, 4. 48 Gramm 8 ½. Frischere Eier: 60 Gramm 10½, 53 Gramm 9, 48 Gramm 8 ½. Hühnereier: Dänen: 18er 12½, 17er 12½, 15½ bis 16½; Ostauer 10½; Litauer: 68 Gramm 12½, 60—62 Gramm 11½—12; Polen: normal 9½; Russen: normal 8½; Kleinere, Mittel- und Schmuseier: 7½—8 ½. das Stück. — Kühlhäuser: —, —. Käseleier: —, —. Tendenz: Abwartend.

Schlachtmarkte.

Essen, 19. März. Preise für 50 Kilo Lebendgewicht in Reichsmark: Kinder (241) 25—30, Rinder (807) 44 bis 110, Schafe (13) 50—60, Schweine (4961) 48—56. — Marktverlauf: Langsam.

Überberg, 19. März. Preise für 50 Kilo Lebendgewicht in Reichsmark: Kinder (624) 20—62, Rinder (501) 50 bis 82, Schweine (4180) 48—56. — Marktverlauf: Sehr langsam.

Leipzig, 19. März. Preise für 50 Kilo Lebendgewicht in Reichsmark: Kinder (767) 23—30, Rinder (429) 45—53, Schafe (827) 30—65, Schweine (2403) 45—54. — Marktverlauf: Langsam.

Heute Nachrichten

Für Elternrecht und christliche Schule.

Berlin, 20. März. Die Deutschnationale Volkspartei veranstaltete hier im Circus Busch eine Massenkundgebung für Elternrecht und christliche Schule. Abgeordneter Schulze berichtete über die Schulgesetzverhandlungen im Reichstag. Nach Auseinandersetzungen des Universitätsprofessors Dr. Spahn führte Abgeordneter D. Mumus, der Vorsitzende des Bildungsausschusses des Reichstags, aus, daß der Kampf für Elternrecht und christliche Schule mit dem Scheitern des Reichsschulgesetzes nicht zu Ende gegangen sei. Vielmehr müsse er fortgeführt werden bis zum Siege. Das Schluswoort sprach Graf Westarp, der die Haltung des Zentrums in den Ländern kritisierte. Zum Schluss wurde eine Entschließung angenommen, in der dem Reichsminister des Innern Dank ausgesprochen und Treue gelobt wird.

Aufschlag auf einen Eisenbahnzug.

Magdeburg, 20. März. In einem Einschnitt auf freier Strecke zwischen Bahnhof Wefensleben und Gilsleben wurde kurz vor der Durchfahrt eines Zuges auf einem Gleis ein ausgelegter Hemmhof, wie er zum Aufhalten von Wagen im Rangierdienst benutzt wird, gefunden. Es ist gelungen, die Täter zu ermitteln. Es sind zwei 17-jährige Arbeiter aus Ummendorf und Gilsleben, die den Hemmhof vom Werk Wefensleben entwendet und auf das Gleis gelegt hatten.

Noch-Weyer über die politische Lage.

Altona, 20. März. Der Führer der Demokratischen Partei, Reichstagsabgeordneter Koch-Weyer, sprach hier in einer Versammlung über die politische Lage. Er erklärte, unsere Außenpolitik könne nur auf Verstärkung gerichtet sein. Ein neuer Krieg würde den Untergang bedeuten, er würde ein Gas-Krieg sein und sich gegen Greise und Kinder richten. Europa könnte gegenüber Ländern, wie Amerika, China und Indien nicht bestehen, wenn es sich fernherin mit 11 000 Kilometer Zollgrenzen, 10 Milliarden Kriegslosen und 9 Millionen Soldaten belaste. Notwendig sei vor allem auch der Schutz der deutschen Minderheiten im Auslande. Die Revision des Danesplanes müsse in der Hauptfrage auch von Parker Gilbert betrieben werden. Die Überregierung in Deutschland müsse verschwinden.

Keine weiteren Freilassungen?

Berlin, 20. März. Nach Meldungen aus Charlottenburg hat sich der Oberstaatsanwalt der Ukraine gegen eine weitere Freilassung der verhafteten Deutschen in der Sowjetunion ausgesprochen. Die Untersuchung wird von den Behörden in Charlottenburg durchgeführt. Der Prozeß soll Mitte April oder im Mai stattfinden. Außer den beiden Deutschen sind auch vier russische Spezialisten freigelassen worden. Insgesamt sind 60 Spezialisten verhaftet worden. Ingenieur Goldstein wird für Donnerstag in Berlin zurückerwartet. Einen ersten Bericht über die Donetsverhaftungen erstattete der Ingenieur Hille, der dieser Tage aus dem Donezgebiet nach Berlin zurückkehrte. Er erklärte der A. C. G., die Zustände im Donezbecken spotteten jeder Beschreibung, man suche nun den Sünderboden, jedoch auf verkehrter Stelle.

Mord aus Brotneid.

Liebmühl (Ostr.), 20. März. Unter dem Gedanken der Ermordung des Arbeiters Welte, dessen Leiche von Kirchgängern in einer in das Eis des Überländer Kanals geschlagenen Wuhne mit eingeschlagenen Schädeldecke aufgefunden wurde, wurden ein Schweizer und ein Maurer vom Gut Sonnenhof verhaftet, die anscheinend aus Brotneid mit Welte Streit angefangen und ihn erschlagen haben. Die Verhafteten sind im allgemeinen gesund, wollen sich jedoch wegen angeblicher Trunkenheit an Einzelheiten nicht mehr erinnern können.

Noch keine Einigung in der Gefiersleischfrage.

Berlin, am 19. 3. Der Interfraktionelle Ausschuß der bisherigen Regierungsparteien des Reichstages beschäftigte sich heute mit der Frage der Gefiersleischfahrt. Es sind erneut Meinungsverschiedenheiten über die Höhe des Kontingents entstanden, die eine weitere Rücksprache notwendig machen. Von einigen Parteien wurde eine Hinausstellung des Kontingents auf 70 000 Tonnen beantragt. Die Verhandlungen sollen am Dienstag fortgesetzt werden.

Die rumänische Opposition verläßt das Parlament.

Bukarest, am 19. 3. Der Führer der Nationalen Bauernpartei Maniu wurde gestern vom Regierungsrat empfangen, seine Forderungen auf Neuwahlen und Umbildung der Regierung wurden aber abschlägig beschieden. Als Maniu daraufhin einer Massenverhandlung von 10 000 Personen

den Feindseligkeit seiner Aktion bei der Regierung mitteilte, wollte die Menge Demonstranten zum Palais des Regierungsrats schicken. Nur mit Mühe gelang es Maniu seine Anhänger von diesem Schritt abzuhalten, der bestimmt zu Zusammenstößen mit dem Militär geführt hätte. Die Versammlung nahm aber eine Entschließung an, die alsbald Wirklichkeit wurde. Die Mitglieder der Nationalen Bauernpartei im Senat und in der Kammer verließen gestern das Parlament, da sie, wie sie sagen, nicht mehr mit den „Urnendieben“ der Regierung zusammenarbeiten wollen. Der große Parteitag der Nationalen Bauernpartei am 22. April in der siebenbürgischen Kreisstadt Alba Iulia (Karlburg) wird die weitere Politik der Partei bestimmen.

Der Zwischenfall im Landtag vor dem Alterserrat.

Berlin, 19. März. Der Alterserrat des preußischen Landtages beschäftigte sich nach der heutigen Vollstzung mit dem Vorfall, der dazu geführt hatte, daß der deutschnationale Abgeordnete von Kries sein Amt als erster Vizepräsident niedergelegt. In der Aussprache drachten die Vertreter der Regierungspartei zum Ausdruck, daß ein Mißverständnis vorgelegen habe. Niemand habe daran gedacht, die Geschäftsführung durch den ersten Vizepräsidenten abfällig zu kritisieren. Die erforderliche Neuwahl wurde auf Mittwoch festgesetzt. Es wurde allgemein dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß Herr von Kries eine auf ihn fallende Wahl annehmen möchte. Die Deutschnationalen erklärten, daß sie in diesem Sinne auf Herrn von Kries einwirken wollten. Unzweifelhaft wird er also am Mittwoch erneut zum ersten Vizepräsidenten gewählt werden.

Sächsisches

Schmiedeberg. Der röhrligen Leitung der Ortsgruppe Schmiedeberg vom Reichsverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener war es gelungen, von der Ufa-Gesellschaft-Berlin den röhrlisch bekannt gewordenen Film „Stacheldraht“ (seine Uraufführung fand in Berlin statt), zu einer Föhrung hier, Sonnabend, am 17. 3. in Marchners Gasthof leihen zu können. Nahe einer vollzähligen erschienenen Mitgliedschaft mit Angehörigen waren auf besondere Einladung Vertreter öffentlicher Behörden und Korporationen gekommen und füllten den Saal insgesamt bis auf den letzten Platz. — Ortsgruppen-Vorsteher Tassel begrüßte die Anwesenden. Er wies auf den Zweck und die völlig parteipolitisch, als auch religiöse Neutralität des Abends hin.

Es sollte nun der Film, der zur Erneuerung 1914 uns während der Mobilmachung unter französische Landbevölkerung führte. Wir sahen die Umwandlung eines französischen Landhofes zum Kriegsgefangenenlager. Stacheldrahtvorhause, allenhalben, wuchsen aus der Erde. Erschütternde Szenen vom Schlachtfeld und im Familienleben zogen an unseren Augen vorüber bis endlich der Friede kam; — aber im sinnlichen Verblendung wurde er vom Völkerhah überdauert.

Zwischen dem ersten und zweiten Teile des Films nahm Kreisgeschäftsführer Lange-Dresden das Wort zu seinem Vortrag: Was lehrt uns der vergangene Weltkrieg? Können wir einen zukünftigen Krieg vermeiden? In packender Weise führte Redner aus: Es ist notwendig, daß wir uns mit allen Kräften für die Erhaltung des Friedens einsetzen. Wie sollen den Standpunkt von Mensch zu Mensch einnehmen. Der Mensch als das höchste Gut der Schöpfung muß vor dem Elend eines neuen Krieges bewahrt werden. Darum die Frage: Was und wie war der Krieg? Die Erde fränkte sich mit dem Blute junger Kräfte. Unendliche Werte sanken dahin. — Aber die Welt gewöhnte sich an das furchtbare Morden. Auf Grund amtlicher Statistiken und Unterlagen ist festgestellt worden, daß der Krieg jeden Tag aller 2 Minuten 9 Tote forderte und dies 1823 Tage lang. — Ungekannt sind alle, die an den Folgen des Krieges daheim noch starben. Unter unendlichen Qualen mußten viele ihr Leben lassen. 11 Millionen Tote, das ist das Ergebnis dieses Krieges, und 25 Millionen Verwundete daneben. — Ein Schlachtwort war's, nicht eine Schlacht war es zu nennen. 2300 Kriegsblinde und 34 500 Schwindsüchtige befinden sich unter unseren Kriegsbeschädigten. Aller 10 Minuten stirbt heute noch in Deutschland ein Lungentuberkulose. Der Vortragende hatte Gelegenheit voriges Jahr Soldatenfriedhöfe in Frankreich zu besuchen, um zu sehen, was ein Grab ein verhältnismäßig kleines Stück Erde ist. Alle Kräfte gilt es nun einzusetzen, damit ein kommender Krieg verhindert wird. Wie aber soll dies geschehen? Alle Zusammenkünfte des Völkerbundes sind ja nur Schein. In Wirklichkeit wird um uns herum mit aller Entschiedenheit für einen neuen Krieg hingearbeitet. Ganz besonders ist es Italien, das die Kriegsbeteiligung betreibt. Mussolini erwartet von seinen Chemikern, daß sie neue, noch viel giftigere Gase ersinnen möchten, die es ermöglichen, binnen wenigen Minuten die feindlichen Völker zu vernichten. So wird der nächste Krieg mit Hilfe der Luftschiffe und der Chemie geführt werden. Man wird in der Lage sein, in ganz kurzer Zeit, etwa in einer Stunde, die gesamten Lebewesen einer Großstadt, wie Berlin, abzutöten. Die giftigen Gase sind so nachhaltig, daß nach 5 Monaten noch kein Mensch ohne umzukommen das verwüstete Gebiet betreten kann. Es ist nicht möglich, Schutzanzüge zu schaffen, die der Einwirkung der Gase trotzen. Der Vortragende äußerte den Wunsch, daß auch dieser Abend eine Kundgebung für Erhaltung des Friedens sein möge. Aus sittlicher und moralischer Überzeugung müssen wir den Krieg verabscheuen. Wir haben auch unseren Kindern gegenüber eine erzieherische Aufgabe, dahin zu wirken, daß die kommende Welt vor den Schrecken des Krieges bewahrt bleibt. Darum Hände weg von allen Soldaten-Spielzeug, als Bleisoldaten, Kanonen und dergleichen. Man sagt, das sei harmlos. Es ist nicht der Fall. — Wie es uns sittlich wäre, den Kindern Verbrechensgeschichten zu erzählen, so verderblich ist es auch, ihnen Soldaten-Spielzeug in die Hand zu geben. — Möge die Zukunft eine neue Ära bringen. — Nicht für den Frieden und die Menschlichkeit! Die Vergangenheit war der Tod. Die andauernde Aufmerksamkeit der Zuhörer sowie der allseitige Beifall, den man dem Vortragenden zollte, bewies,

Beilage zur Weißenitz-Zeitung

Nr. 68

Dienstag, am 20. März 1928

94. Jahrgang

Sächsisches.

Die Beleuchtung und Beschaffenheit der hinteren Kraftwagennummern läßt in sehr vielen Fällen zu wünschen übrig. Man kann nach den täglichen Beobachtungen behaupten, daß es nur verhältnismäßig wenige Kraftwagen gibt, bei denen das Kennzeichen durch gute Beleuchtung ohne Schwierigkeit lesbar ist. Sehr oft ist es derart beschmutzt, daß die Nummer nur schwer, bei raschem Vorüberfahren überhaupt nicht entziffern werden kann. Der Beschaffenheit der Kennzeichen wird von den Kraftfahrern sehr wenig Aufmerksamkeit geschenkt, obwohl jeder Kraftfahrer wissen muß, daß für die Polizeibeamten die Erkennbarkeit erstes Erfordernis zur Feststellung des Fahrzeugs ist. Die Beleuchtungsanlage muß in Ordnung und technisch so beschaffen sein, daß ein Ver sagen ausscheidet oder so gut wie nicht vorkommen kann. Der Kraftfahrer hat die Pflicht, sich oft von der Beschaffenheit des Kennzeichens und der Beleuchtungsanlage zu überzeugen. Es ist eine leichte Mühe, beim Halten des Fahrzeugs Kennzeichen und Glühlampen zu reinigen und die Beleuchtung zu prüfen.

Der erweiterte Kreisausschuß Dresden des Verbundes Sächsischer Grund- und Hausbesitzer-Vereine hielt am Sonntag im Saal "Meissen" des Hauptbahnhofes Dresden eine Sitzung ab, in welcher der Verbandsdirektor Dr. Damjahn in längrem Vortrage ein treffendes Bild entrollte, von der wenig beseidenswerten Lage des Hausbesitzers. Er sprach über die Auswirkung des Reichsmietengesetzes, über Zwangswirtschaft und deren Lockerung, Wohnungsnutzung und Wohnungsbau. Redner forderte eine ausreichende Bemessung des Hausbesitzeranteiles innerhalb der gefestigten Miete und die Herabführung einer normalen Verzinsung von 6 %. Er berichtete weiter über die Mietzinsteuer, ihre Einführung und Verwendung, über die Verzinsung der aufgewerteten Hypotheken und schilderte den Kleinhausbesitzer mit seinen völlig unzulänglichen Mieten. Dem Vortragenden ward reicher Beifall zuteil. In der darauffolgenden lebhaften Diskussion erörterte man noch Fragen der Grundstücksbewertung, des Zinsendienstes, Miet erhöhung, Organisation, Ausklärungsarbeit usw. Die Versammlung, die sehr stark besucht war, wurde mit der Aufforderung zu festem Zusammenschluß und treuem Aushalten im schweren Kampfe um Kreisvorstandshenden Oberlehrer Ullrich, Dresden, geschlossen.

Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei bemerkte zu den angeblich unangenehmen Folgen des Gebietsaustausches mit Thüringen: Es wäre eine leichte Mühe gewesen, sich zu überzeugen, ob diese Angaben den Tatsachen entsprechen. Hätte man die Nummer 5 des Sächsischen Geschäftsbuches vom 22. Februar 1928 eingesehen, so würde man gefunden haben, daß in Artikel 16 des sächsisch-thüringischen Staatsvertrages vom 7. Dezember 1927 ausdrücklich gesagt ist: "Die vom Gebietsaustausch betroffenen sächsischen Schulbezirke und thüringischen Schulgemeinschaften oder Schulverbände, die nach Inkrafttreten der Gebietsänderung aus Gebietsteilen beider Länder bestehen, bleiben in ihrem bisherigen Umfang aufrecht erhalten." D. h. mit anderen Worten, die Kinder besuchen auch ferner die Schulen, die sie bisher besucht haben. In Frage kommen übrigens, wie die Feststellungen ergeben haben, im Ganzen vier Kinder. Daraus ergibt sich ohne weiteres, daß nicht davon die Rede sein kann, die Kinder seien vom Regen in die Laufe geraten und müßten infolge des Gebietsaustausches jetzt eine Dorfschule statt der vorher von ihnen besuchten Stadtschule besuchen.

Schmedeberg. Der lezte Funkabend am Donnerstag konnte sich eines außerordentlich zahlreichen Besuches erfreuen. 26 Personen wies die Unwesenheit dieser auf — ein Zeichen dafür, daß das Interesse für den Funkverein in Schmedeberg wächst. Der Vorsitzende, Oberingenieur Schilling, erledigte mit Rücksicht auf den nachfolgenden Vortrag von Diplom-Ingenieur Müller den geschäftlichen Teil in aller Kürze. Dieser betraf: Verlesen der leichten Protokolle, Aufnahme neuer Mitglieder und Stellungnahme zu den Klagen über Störungen des Rundfunks in unserem Orte. Es soll verlauten, wegen Abhöre sich mit der Oberpostdirektion ins Einvernehmen zu setzen. Allen Rückkopplern aber wurde nahegelegt, ihren Apparat mit rechter Vorsicht zu bedienen. Hierzu erklärte der Vorsitzende Herrn Diplom-Ingenieur Müller das Wort zu seinem Vortrage über: "Die Radiotöhre, als der wichtigste Teil des Empfangsapparates." Zum allgemeinen Verständnis seiner Ausführungen mußte der Vortragende nochmals auf die Wellen-Theorie zurückgreifen. Gleichwie der ruhige Wasserspiegel durch einen hineingeworfenen Stein gestört und in wellenförmige Bewegung gebracht wird, so daß diese Schwingungen sich konzentrisch fortpflanzen, so gerät auch der Aether durch den überpringenden Funken des einfachen Marconi-Senders in gleiche Schwingungen. Diese elektrischen Wellen haben nach ihrer Entdeckung eine praktische Verwertung zu der Telegraphie ohne Draht gefunden. Die von einer Funkenstrecke ausgehenden Wellen wurden durch einen Rohr oder Fritte genannt, empfangen; das ist ein Glasröhrchen mit 2 eingesetzten Zuleitungsspolen, zwischen denen sich Metallspulen befinden, die, wenn sie von den Wellen getroffen, ihren Widerstand verlieren und den schwachen elektrischen Strom hindurchlassen. So konnte man Morsezeichen auf ein entferntes Telefon übertragen. Auf diesem Prinzip beruhen ja auch die großen Sender wie Rouen usw. Auf Entfernung von mehr als 500 Kilometer jedoch war zunächst ein Empfang nicht möglich. Die Reichweite wurde vergrößert durch Erhöhung der Senderenergie. Weitere Erhöhung derselben hatte seine Grenze und so gestaltete man die Empfangsmöglichkeit für größere Empfindlichkeit. Dies ist nach dem Jahre 1918 gelungen durch die Radiotöhre. Ihre geschichtliche Entstehung reicht in das Jahr 1880 zurück. Es war Edison, der Mann der tausend Patente, der in seine Kohlenfadlampe ein Metallstäbchen zum Halten des Kohlenfadens eingeschmolzen hatte. Dadurch, daß er dieses Metallstäbchen durch einen Draht mit einem der Zuleitungen zum Glühfaden verbunden, entdeckte er in diesem zweiten Kreis das Vorhandensein eines schwachen elektrischen Stromes, der allerdings nur mit den feinsten Meßinstrumenten wahrgenommen werden konnte. Der Vortrag erklärte sich so, als in der luftleeren Gasbirne aus dem erhitzten Kohlenfaden kleine, stets negativ geladene Elektrizitätsstückchen, Elektronen genannt,

heraustraten, die das Metallstäbchen rütteln. Dies der "Edison-Effekt". Es hat nun von 1880 an lange gedauert, bis man diese Sache wieder angriff. Erst nach dem Kriege wurde sie ausgedeutet und verwendet. Man schaltete in den zweiten Stromkreis noch eine besondere Batterie ein und erhöhte dadurch die Wirkung. Die Elektronen wurden gleichsam aufgesaugt, wie dies der Vortragende an der Hand seiner an die Wandstapel gezeichneten Skizzen sehr trefflich erläuterte. Jedenfalls ließ sich aber noch nichts damit anfangen, — es mußte eine Vorratung getroffen werden, wodurch das Ausspielen der Elektronen versperrt, oder freigegeben wurde, gleichsam einer Jalousie. Diesen Zweck erfüllte das Oitter der Radiotöhre. Die Elektronen haben stets negative Elektrizität. Wird nun das Oitter auch negativ geladen, so steht es die Elektronen ab, hingegen bei positiver Ladung ziehen sie nach dem Oitter hin und durch das hindurch zur Anode. Die Form der heutigen Radiotöhre ist nicht mehr die einer Birne, sondern eine zylindrische. Gegenüber dem Heizfaden liegt die Anode. Den Heizfaden umgibt das Oitter, das aus einer feinen Drahtspirale besteht. Der von der Anode ausgehende Strom wird nun für die Verstärkerwirkung benötigt. Der Vortragende erklärte all diese Vorgänge recht anschaulich, auch für den Unergewohnten verständlich durch Skizzen an der Wandstapel. Er erläuterte, wie vom Sender ausgehenden Wellen abwechselnd positive oder negativ geladen, durch die Antenne aufgefangen, auf das Oitter einwirken. Die Wirkung ist im Telefon zu erkennen. Die Elektronen werden um so häufiger austreten, je mehr der Heizfaden erhitzt wird. Wollen wir die noch mehr als hunderttausendstens wechselnden Schwingungen im Telefon hören, so müssen wir ihre Richtung erst umwandeln. Diese Gleichrichtung betrifft zunächst ein besonderes Kapitel, die sogenannte Audion-Wirkung. — Hochfrequenzschwingungen kann man nicht hören, nur die der Niedrigfrequenz. Wir schalten einen Transistor ein und führen den um das 10fache verstärkten Strom zur zweiten, bez. zur dritten Röhre. Niedrigfrequenzverstärkung. Der Vortragende ging nun noch auf den Ausbau der Röhre ein und sprach über den Heizfaden. Ein Wolframfaden braucht zu seiner Erhitzung 2000° C. Die alten Normallampen verlangten daher 0,5 Ampere. Der Wolframfaden ist äußerst unwirtschaftlich. Man hat deshalb andere Metalle verwendet, die nicht so stark geheizt werden brauchen. So umgab man den Faden mit einer Schicht von Thorium-Oxid, wodurch die Heizung auf 1500° C herabgedrückt wurde; bei Verwendung von Kalzium-Oxid auf nur 800°. Die neuen Oxit-Lampen dämmen auch nur ganz schwach geheizt werden. Ferner ist das Vacuum, der luftleere Raum der Röhre, von sehr großer Wichtigkeit. Gänzlich läßt sich ja die Luft aus der Glassröhre nicht ausspumpen. Die winzigen Reste von Luft werden von der Verdampfung, das ist ein Ueberzug von Magnesium an der inneren Glasswand, aufgesaugt und so das Vacuum stets aufrecht erhalten. — Auch die auf die Röhre angebrachten Daten verdienen einer besonderen Beachtung. Es sind Angaben über zulässige Heizspannung, Stromstärke, Anoden-Spannung und Stellheit der Röhre. Gerade diese leichte Bezeichnung fand durch den Vortragenden eingehende Erklärung. Die Stellheitskurve gibt den Wirkungsgrad der Röhre an. Dieser wird größer sein, wenn die Stellheit eine höhere ist, wie z. B. bei den Lautsprecherröhren der Fall. Zum Schlusse wurde auch auf den Ausdruck "Durchgriff" hingewiesen und erklärt. Es betrifft dies Röhren mit engem, oder weniger engem Oitter. Man nimmt an, daß der Durchgang der Elektronen etwa 22 % beträgt. Den außerordentlich lehrreichen und hochinteressanten Ausführungen waren die Anwesenden mit großem Aufmerksamkeit gefolgt. Man sollte dem Vortragenden alleitige Anerkennung und Dank für seine Mühe. — Oberingenieur Schilling brachte noch den Dank der Versammlung besonders zum Ausdruck. Er lud darauf zu dem nächsten Funkabend, verbunden mit einem Vortrag von Dr. Ingenieur Kühne, ein. Letzterer berichtete anschließend noch über die Neuzüchtungen auf dem Gebiete des Rundfunkes von der Leipziger Messe. Nach Schluß des offiziellen Teiles wurden noch einige Empfangsgeräte vorgeführt, so ein "Blaupunkt VII, 3-Röhren-Dezils- und Überlandempfänger".

Zinnwald - Georgenfeld. Der Fremde, der auf seiner Wanderung oder Fahrt unser Kammgebiet durchstreift, lenkt wohl ganz unwillkürlich seine Blicke auf die beiden Häuserreihen in Georgenfeld, im Volksmund "Kartenhäuser" genannt, die nicht wie die Gebäude der Nachbardörfer angelegt sind, sondern eine einheitliche Bauweise aufweisen und ein gleiches Alter vermuten lassen. Die Gründung dieser Ansiedlung geschah bekanntlich vor 200 Jahren, als in Österreich kulturelle Kämpfe tobten und die katholischen Machthaber die Oberhand gewannen und Andersgläubige verfolgten. Es ist ein Schandfleck in der Geschichte unseres Nachbarstaates geblieben, daß Staatsangehörige um ihres Glaubens willen bekämpft und landesvertrieben wurden. In unserer Zeit ist es schwer zu begreifen, daß die verwandten Religionsgemeinden sich einst gegenseitig so hart befanden konnten und vor der größten Unruhe und Unzufriedenheit nicht zurückstredeten. Andererseits muß die Glaubenskreuze und Gewissensfreiheit bewundert werden, die jene Verfolgten an dem Tag legten und lieber Hab und Gut und Heimat aufgaben, als daß sie ihr Bekennnis verleugneten. Am 17. Juni d. J. soll nun in einer kirchlichen Feier der Ephorie Dippoldiswalde dieser Ereignis gedacht werden, die einst bei der ihnen aufgezwungenen Wahl zwischen Glaubensbekennnis und Vaterland am protestantischen Glauben festhielten, ihre Heimat aufgaben und sich jenseits der Landesgrenze ansiedelten. Außer der kirchlichen Gedächtnisfeier ist die Aufführung des Schauspiels "Glaube und Heimat", die Tragödie eines Volkes, von Karl Schönheit geplant. Die Glaubensgenossen aus Böhmen sollen zu der Feier besonders eingeladen werden.

Dresden, 17. 3. Die Pressestelle der Reichsbahndirektion

Dresden teilt mit: Am Freitag abend ist die Lokomotive des Personenzuges 875, der Bischofswerda 22.50 Uhr verläßt,

kurz hinter Bischofswerda (Strecke Bischofswerda-Kamenz)

entgleist und mit dem Tender umfällt. Zwei unmittelbar

hinter der Lokomotive laufende, mit Pflastersteinen beladene Güterwagen entgleisten und wurden beschädigt. Der Personenzug wird durch Umsteigen aufrechterhalten, der Güterverkehr wird umgeleitet. Reisende oder Zugbegleitpersonal wurden bei dem Unfall nicht verletzt.

Dresden. Der städtische Haushaltplan für 1928 sieht in Einnahmen und Ausgaben 113,8 Millionen Mark vor. In Steuererhöhungen sind 44,7 Millionen Mark, das sind 8,4 Millionen Mark mehr als im Vorjahr eingeschätzt. Der ursprüngliche Fehlbetrag von rund 21 Millionen Mark soll dadurch ausgeglichen werden, daß der Zuschlag zur Grund-

und Gewerbesteuer auf 150 % erhöht wird, ferner, daß die Biersteuer von 6 auf 7 % erhöht wird und die Feuerwehrsteuer auf 17 Mark für 1000 Einheiten festgelegt wird. Der Rest des dann noch verbleibenden Fehlbetrags von 3 Millionen Mark soll aus den Betrieben der städtischen Werke entnommen werden, insbesondere ist eine in Ihren Grundzügen bereits feststehende "Tarifreform" der Dresdner Straßenbahn berücksichtigt, was mit anderen Worten eine Erhöhung der Straßenbahnpflegepreise bedeutet.

Neustadt. Als einige Mitglieder der Schülengesellschaft nach dem Schülhaus gingen, bemerkten sie, wie aus dem Dache der Festhalle auf dem Schülplatz Rauch aufstieg. Als sie nach der Ursache forschten, mußten sie wahrnehmen, daß der Haupteingang der Halle erbrochen war und einige Personen auf dem Podium um einen Tisch lagen, die sofort beim Herannahen von Personen durch den Notausgang das Weite suchten. Da es den Brüdern jedenfalls in dem Raum zu kalt war, hatten sie in der von der Schülengesellschaft hier eingestellten Gulaschanone Feuer angezündet. Vermutlich handelt es sich um Handwerksarbeiten, die hier ein Unterkommen gesucht hatten, oder um einen Dummengenstreich. Leicht konnte es zu einem Schadenfeuer kommen.

Rossm. Am 31. März schließt der vielen Natur- und Kunstfreunden bekannte St. Romanus als Gastwirtschaft für immer seine Pforten. St. Romanus, ein Zeuge des früheren Silberbergbaues und als Huthaus ein bekanntes Ausflugsziel, wird zu einem Heimatmuseum umgestaltet, in dem auch der bekannte Kunstmaler Prof. Altenkirch seine Gemälde zur Schau bringt.

Hohenstein - Ernstthal. Auf Grund eines Beschlusses der hiesigen Stadtverordneten wird in Zukunft im letzten Schuljahr der Schwimmunterricht als Pflichtfach eingeführt werden.

Hermannsgrün. Hier starb im Alter von fast 81 Jahren der Rentenempfänger Karl Georg Gebhardt, der den Todestritt von Mars la Tour mitgemacht hat und der Letzte jener hohen Reiterfahrt sein soll. Bis in die letzten Lebensjahre hinein erfreute er sich verhältnismäßig guter Küstigkeit und war als einer der Todesreiter überall bekannt.

Auerbach i. V. Der Bau eines Krematoriums, der in dem im August eingeweihten Urnenhain geplant ist, wird jetzt eifrig vorbereitet. Der Verein für Feuerbestattung zu Auerbach u. Umg. e. V. hat einen Ausschuß mit den nötigen Vorarbeiten beauftragt.

Reichenbach i. V. Am Mittwoch früh fand man im Hause Enge Gasse 4 einen, in den 30er Jahren stehenden Einwohner tot in seiner Wohnung auf. Er sollte am Mittwoch die Wohnung räumen. Beim Auffinden des Toten hatte er den Gasflasche im Munde.

Verkaufskunst und Organisation im Einzelhandel.

Am letzten Sonntag wurde im Plenarsaal des Landtages der von der sächsischen Einzelhandelsgesellschaft in Verbindung mit dem Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit und der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels veranstaltete Kurius über Verkaufskunst und Organisation im Einzelhandelsbetrieb, in Gegenwart von Vertretern der Reichs- und Staatsbehörden sowie sonstigen Ehrengästen durch den Vorsitzenden der sächsischen Einzelhandelsgemeinschaft Landtagsabgeordneten Professor Dr. Kastner eröffnet. Ministerialrat Direktor Dr. Klien begrüßte die Versammelten namens der Staatsregierung. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels Oberregierungsrat a. D. Dr. Tiburtius hielt den Hauptvortrag über das Thema "Die wirtschaftlichen Voraussetzungen des Verkaufserfolges".

Erleichterung der Filmberichterstattung.

Auf Kreisen der deutschen Filmindustrie ist über ungünstiges Entgegenkommen der Behörden gegenüber deutschen Filmberichterstattern geklagt worden. Die Bedeutung, die sich das deutsche Sichtbildwesen in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht erworben hat, rechtfertigt die behördliche Unterstützung der Filmberichterstattung. Das sächsische Ministerium des Innern hat daher die Polizeibehörden angewiesen, öffentliche Filmaufnahmen insbesondere von Tage & Ereignissen nach Möglichkeit zu erleichtern, wenn nicht im einzelnen Fälle Verkehrs- oder Sicherheitspolizei Gründe entgegenstehen.

Dresden. Im Ortsteil Weißer Hirsch hat ein unbekannter Dieb, der vom Dienstmädchen für einen Arzt gehalten und in die Villa eingelassen worden war, in mehreren Zimmern die Behältnisse erbrochen und außer 145 polnischen Groschen eine große Zahl verschiedenster Gegenstände und Schmucksachen entwendet. Offenbar handelt es sich um einen reisenden gewerbsmäßigen Einbrecher.

Dresden. Von der Kriminalpolizei in Dresden wurde kürzlich der 28 Jahre alte Kaufmann Gottlob Rabig aus Breslau wegen umfangreicher Beträgerfeiern, die er in Dresden, Bautzen und Umgebung ausgeführt hatte, festgenommen. Er eröffnete im September 1927 unter der Firma Nelsa-Bautzen einen Reklameverlag und sammelte bei Geschäftleuten Aufträge für Insolvenz, die später auf Reklametafeln erschienen sollten. Hierfür leistete er die Gebühren bezahlen; die Platik erschien aber nicht. Als ihm der Boden in Bautzen zu teuer wurde, verlegte er Mitte Februar sein Arbeitsfeld nach Dresden. Hier engagierte er sofort zwei Betreiber, bezeichnete sich als Chefredakteur des genannten Verlags und begann seine Tätigkeit von Neuem. In kurzer Zeit waren etwa 300 Aufträge eingegangen, für die er täglich 100 Mark einlässerte. Das Geld verwendete er zu seinem

Nutzen. Bei seiner Festnahme war Fabig völlig mittellos.

Dresden. Am Sonntag Vatikane fanden in Dresden und allen Kirchengemeinden der evangelisch-lutherischen Landeskirche Sachsen die Kirchgemeindewahlterwahlen statt. Soweit bisher Nachrichten vorliegen, war die Wahlbeteiligung im allgemeinen schwach.

Bamberg. Der Kaufmann Rudolf Höf, der als früherer Lagerhalter des Warenhausvereins und als Steuerfänger der Gemeinde Großdubra Waren und Gelder in Höhe von insgesamt 13.000 Mark unterschlagen hatte, wurde vom Gemeindefinanzschöffengericht zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Weissen. Der Bischof Dr. Schreiber tritt am 22. dieses Monats von New York aus die Heimreise an und dürfte am 1. April in Hamburg ein treffen.

Neustadt. In der letzten Stadtverordnetenitzung machte Bürgermeister Kroster Mitteilung über den an der böhmischen Grenze in der Sächsischen Schweiz gelegenen bekannten Ausflugsort Unger, der sich im Besitz des Stadtvereins für innere Mission Dresden befindet und verlaufen werden soll. Der Preis beträgt 22.000 Mark einschließlich Neulegung einer Erdleitung. Neustadt hat 25.000 Mark geboten, da der abgeholt Berg an Wert verloren hat. Der Staat (Hofst.) bot 30.000 Mark. Verhandlungen sind noch im Gange.

Kaufsa. Der frühere Landtagsabgeordnete und langjährige Vorsitzende des Sächsischen Landbundes, Rittergutsbesitzer Alexander Pagenstecher, der vor einigen Tagen auf seinem Gute in Steinbach verschollen ist, wurde unter allgemeiner Beteiligung der Bevölkerung in seinem Heimatorte beigelegt. Am Grab sprachen Vertreter des Reichslandbundes, des Sächsischen Landbundes, der Landwirtschaftskammer, der deutsch-nationalen Landtagsfraktion und der verschiedenen Körperschaften. Alle Redner gedachten in anerkannten Worten der verdienstvollen Tätigkeit des Bestorbenen. Der Militärverein Steinbach ließ durch Getreue Salven die letzte Ehre vollziehen, und unter den Klängen des Zapfenstreichs durch die Kapelle des Bergbauschen Vereins in Borna fand die erhabende Feier ihr Ende.

Leipzig. Die Wanderausstellung des Deutschen Hygiene-Museums in Dresden über die Geschlechtskrankheiten und ihre Bekämpfung, die hier vom 17. März bis 14. April veranstaltet wird und die dann in einer großen Reihe weiterer Städte gezeigt werden soll, wurde mit einem kurzen Festakt eröffnet. Bürgermeister Dr. Hofmann betonte, die Bedeutung der Wanderausstellung für die Sexualhygiene und Pädagogik. Ministerialrat Dr. Thiele sprach im Auftrage des Hygiinemuseums und des sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums und führte aus, daß die Ausstellung im Sinne des neuen Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten Aufklärungsarbeit leisten solle.

Leipzig. Nach einer Meldung aus Lyon erschien Oberbürgermeister Dr. Rothe, begleitet vom Direktor der Leipziger Messe Boß am Freitag auf der Lyoner Messe. Auf einem ihm zu Ehren gegebenen Frühstück wählten der Präsident der Lyoner Seidenfabrikanten Rogers und Oberbürgermeister Dr. Rothe herzliche Trinksprüche.

Leipzig. Für die Musikinstrumentenindustrie war vom Holzarbeiter-Vorstand das Losnabkommen für Ende Februar gefündigt worden. Mitte März traten die Parteien zum ersten Mal zu Verhandlungen zusammen. Von Seiten der Industrieverwaltung wurde erläutert, die Lohnforderungen der Arbeiter würden abgelehnt werden, da durch ihre Bewilligung die Betriebe zum Anstreben müßten. Infolgedessen haben in einigen Leipziger Betrieben die Musikinstrumentenmacher die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiter fordern eine Lohn erhöhung um 15 Prozent.

Chemnitz. In der Lößnervorstadt stieß aus dem zweiten Obergeschoss eines Hauses ein 3½ Jahre altes Mädchen, das auf einen Stuhl geklettert war, aus dem Küchenfenster. Das schwer verletzte Kind wurde im Krankenwagen ins Krankenhaus geschafft.

Sachsens Wirtschaftslage.

Die Sächsische Industrie im Februar.

Die Ausfuhr Sachsens nach den Vereinigten Staaten hat im Vergleich zu den Vormonaten eine geringe Verminderung erfahren, gegenüber den gleichen Monaten des Vorjahrs zeigt sie jedoch eine Steigerung um etwa 20 Prozent. Sie macht im Dresdener Konkurrenzbezirk etwa 9½ Millionen RM. im Februar aus, die sich wiederum zur reichlichen Hälfte auf Textilwaren, zu nicht ganz ein Zehntel auf Textilmaschinen und in ungefähr gleicher Höhe auf sächsische Blumen erstreckt. Größere Posten entfallen ferner auf Musikinstrumente, Metallwaren, Papierwaren. Aus dem Bezirk der Kreishauptmannschaft Leipzig sind im Februar für etwa 8½ Millionen RM. ausgeführt worden. Hierzu entfällt der Löwenanteil mit 7,8 Millionen auf Rauchwaren, Pelze usw.

Im allgemeinen muß man von der Ausfuhr sagen, daß die aus der Industrie vorliegenden Berichte kein günstiges Bild, verglichen zu den Vorjahren, geschweige denn gegenüber der Vorjahrzeit, bieten. Die Zahl der Firmen, deren Ausfuhr nur noch einen kleinen Bruchteil ihrer Produktion ausmacht, und die auch gegenüber der Vorjahrzeit auf einen fast verschwindend kleinen Anteil zurückgegangen ist, ist noch wie vor außerordentlich groß.

Der Arbeitsmarkt zeigt im Februar keine weitere Verschärfung. Die Zahl der Arbeitssuchenden liegt gegenüber dem Januar etwas zurück, nahm jedoch zu der Textilindustrie, dem Nahrungs- und Genussmittelgewerbe und in der Papierindustrie nicht unbedeutlich zu.

Im Januar hatte der Postscheckverkehr gegenüber dem Dezember das zeitlich bedingte Nachlassen gebracht und lag im Januar noch beträchtlich über dem für Januar des Vorjahrs notierten Zahlen. Der Einsatz zeigte im Februar in den Geldsäcken für

togisches Weid erzeugt eine Anspannung von 6,5 auf 7 Prozent. Der sächsische Lebenshaltungsindex zeigt ebenso wie der des deutschen Großhandels und der industriellen Fertigwaren etwas an.

Die für die Beurteilung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten heranziehbenden Zahlen zeigten für den Februar eine weitere erhebliche Steigerung von 95 auf 105 konkurrierte.

Das neue Mietsrecht ab 1. April.

Um 1. April tritt die vom Reichstag im Februar verabschiedete und bis zum 31. März 1930 in Kraft tretende Novelle zum Mietschutzgesetz in Kraft, die das bisher gültige gewisse Mietsrecht in einigen Punkten ändert und hinsichtlich der Aufhebung des Mietsverhältnisses eine bedeutende Neuerung bringt. Unter den Auswirkungen der Wohnungsnot war im Reiche ein Mietschutz eingesetzt worden, der im großen und ganzen einen „Schutz gegen Kündigung“ darstellte. Das Kündigungrecht des Vermieters ruhte, und an Stelle der Kündigung war die Aufhebungssklage getreten, für die das Mietshägericht zuständig war. Zulässig war eine Aufhebungsslage nur dann, wenn sie auf folgende Gründe gestützt werden konnte: Erhebliche Belästigung des Vermieters durch den Mieter, unerlaubte Übermietung, Gefährdung des Gebäudes durch unangemessenen Gebrauch des Wohnraumes, Rückständigkeit des Mietzinses oder dringender Eigenbedarf des Wohnraumes. Die neue Novelle zum Mietschutzgesetz stellt nunmehr das Kündigungrecht des Vermieters wieder her!

Praktisch wird jedoch an dem bisherigen Stand der Dinge nicht viel geändert, weil das genau geregelte Kündigungsverfahren beim Widerspruch des Mieters automatisch in ein Schlichtungsverfahren übergeht. Außerdem braucht der Vermieter von dem neuen Kündigungrecht nicht unbedingt Gebrauch zu machen, weil er auch ohne weiteres die Aufhebungsslage anstrengen kann. Was die Einzelheiten der Kündigung betrifft, muß für das Kündigungsschreiben ein höchst bestimmtes Vordruck verwendet werden. Das Kündigungsschreiben gibt die Tatsachen an, auf die die Kündigung gestützt wird, ferner den Zeitpunkt, an dem das Mietsverhältnis enden soll. Die Gründe für die Kündigung sind eng umgrenzt und die gleichen, die zur Erhebung der Aufhebungsslage berechtigen. Ein Mieter, der seine Mitbewohner nicht belästigt, seine Miete pünktlich zahlt, noch unbefugt abvermietet und keinen unangemessenen Gebrauch von Wohnraum macht, kann also nach wie vor nicht gekündigt werden, es sei denn, daß der Vermieter den Wohnraum unbedingt für sich beanspruchen muss und das Gericht von dieser Notwendigkeit überzeugen kann.

Die Aufstellung des Kündigungsschreibens an den Mieter erfolgt von Amts wegen durch das zuständige Amtsgericht, bei dem der Vermieter einen entsprechenden Antrag stellen muß. Gleichzeitig mit dem Kündigungsschreiben muß das Gericht dem Mieter eine Rechtsbelehrung zustellen. Der Mieter kann nach der Aufstellung des Kündigungsschreibens schriftlich oder zu Protokoll des Urkundsbeamten im Amtsgericht Widerspruch erheben; die Frist dafür beträgt 2 Wochen. Wird Widerspruch erhoben, gibt das Amtsgericht dem Vermieter davon Kenntnis, der darauf innerhalb von zwei Wochen einen Termin zur Güteverhandlung beantragen muß. Läßt der Vermieter diese Frist verstreichen, verliert die Kündigung ihre Kraft. Ferner verliert die Kündigung ihre Kraft, wenn bei unterschiedenem Widerspruch des Mieters der Vermieter nicht binnen Monatsfrist seit Ablauf der zweitwöchigen Widerspruchsfrist den Räumungsbefehl beantragt.

Versäumt der Mieter die rechtzeitige Einlegung des Widerspruchs, muß das Gericht auf Ersuchen des Vermieters den gerichtlichen Räumungsbefehl erlassen. So lange ein Räumungsbefehl noch nicht verfügt ist, muß auch der verpaßte Widerspruch des Mieters berücksichtigt werden. Im großen und ganzen steht der Räumungsbefehl einem einstinstanzlichen Urteil gleich, d. h. er wird erst rechtskräftig, wenn der Mieter nicht innerhalb einer bestimmten Frist Einspruch erhebt. Wird Einspruch erhoben, kommt es zu einem weiteren Prozeßverfahren. Dabei ist jedoch zu beachten, daß ein Einspruch gegen einen Räumungsbefehl nur einen beschränkten Rechtsbehelf darstellt. Der Mieter kann nämlich in dem späteren Verfahren sachliche Einwendungen gegen die in dem Kündigungsschreiben geltend gemachten Aufhebungsgründe nur dann geltend machen, wenn die Verjährung des rechtzeitigen Widerspruchs gegen die Kündigung nicht auf einem Verschulden beruht oder wenn er dem Vermieter wenigstens mündlich innerhalb der Widerspruchsfrist erklärt hat, daß er die Herausgabe der alten Wohnung ablehne. Liegt dem Kündigungsschreiben ein Mietzinsrufus an und zugrunde, verzerrt die Kündigung ihre Rechtskraft, wenn der Mieterstand bis zum Ablauf der Einspruchsfrist geübt wird. Ist die Fürsorgebehörde bereit, den Vermieter zu befriedigen, verlängert sich die Frist um weitere zwei Wochen. Die Benachrichtigung der Fürsorgebehörde erfolgt durch das Gericht von Amts wegen.

Die übrigen Änderungen des Mietschutzgesetzes sind ohne größere Bedeutung. Bei der Abwägung beiderseitiger Interessen soll künftig auch berücksichtigt werden, inwieweit der Vermieter vermieteten Gewerberaum dringend benötigt. Von besonderer Bedeutung ist auch Par. 52c, der die Bestimmung enthält, daß der Vermieter die Beseitigung einer in einem Mietaufhebungs- und Räumungsurteil enthaltenen Erfassungsmaßnahmen fordern darf, wenn das in dem Urteil aufgegebene Mietsverhältnis nicht mehr den Bestimmungen des Mietschutzgesetzes unterliegt.

Tangerkonferenz in Paris.

Werden England und Italien den französisch-spanischen Abmachungen zustimmen?

Nach dem Abschluß der zähen Verhandlungen zwischen Spanien und Frankreich über die Tangerfrage trat am Dienstag in Paris eine neue Konferenz zusammen, auf der auch England und Italien vertreten

waren. Es handelt sich darum, ob diese Mächte den zwischen Paris und Madrid getroffenen Vereinbarungen zustimmen werden. Erfolgt die Zustimmung, dann kann damit die Tangerfrage vorläufig wieder einmal als beigelegt betrachtet werden, während im anderen Falle eine Neuauflösung des Tangerproblems nicht zu vermeiden ist. Von entscheidender Bedeutung ist vor allem die Stellungnahme Italiens, das lange Zeit von Frankreich vom Verhandlungstisch ferngehalten wurde. England ist im allgemeinen mit den übrigen nicht gerade einschneidenden Regelungen zufrieden.

Die wichtigste Aenderung in dem von Frankreich und Spanien unterzeichneten Abkommen besteht darin, daß die Gendarmerie in dem internationalen Tanger einem spanischen Offizier unterstellt wird; außerdem wird ein spanischer Generalinspekteur ernannt. Vergenwärtigt man sich, daß Spanien nach dem Krieg gegen Abd el Krim nicht mehr und nicht weniger als die Einverleibung Tangers in die spanische Marokko-Kolonie gefordert hat, so kann man in dem neuen Abkommen einen Sieg der spanischen Forderungen ganz gewiß nicht erblicken.

Außer den Mittelmeermächten hat in den letzten Tagen auch noch Amerika sein Interesse an Tanger belebt. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat den Mittelmeermächten eine Note überreicht, in der sie betont, sie schenke der Tanger-Konferenz insbesondere Aufmerksamkeit, als sie an dem Grundtag der „offenen Tür“ festhalten müsse.

Immerhin werden es Frankreich, Spanien und England nicht an Bemühungen fehlen lassen, die Schwierigkeiten in der Tangerfrage rasch beizulegen, damit nicht das Marokkoproblem erneut in seinem ganzen Umfang ausgerollt wird.

Frankreich im Wahlkampf.

Wahlrede des Kriegsministers Painlevé in dem Grenzort Thoiry.

Der erste Tag nach der Auflösung der französischen Kammer hat die Eröffnung des offiziellen Wahlkampfes gebracht. Zugänge von Wahlversammlungen füllen die Spalten der französischen Presse. Der französische Kriegsminister Painlevé hat sich seinem Wahlkreis in dem durch die Aussprache Stresemanns mit Briand bekannt gewordenen Grenzort Thoiry vorgestellt. Painlevé behandelte politische und wirtschaftliche Fragen, glaubte auch Poingard eine erfolgreiche Politik bezeichnen zu müssen und kam schließlich auch auf den Völkerbund und die deutsch-französische Beziehungen zu sprechen. Er bezeichnete Locarno und Thoiry als zwei Etappen auf dem Wege der deutsch-französischen Annäherung und als Grundlage für die Wiederherstellung Europas. Frankreich werde auf dem beschrittenen Wege weitergehen. Painlevé äußerte dann noch, der größte Tag seines Lebens sei der gewesen, als er als Ministerpräsident seine Unterchrift unter den Locarnopakt habe setzen können.

Zum Schlus meinte Painlevé noch, er sei ein treuer Anhänger des Völkerbundgedankens, habe sich aber trotzdem der Militärreform widmen können, die nunmehr von der Kammer gebilligt worden sei. Die neuen Militärgesetze würden Frankreich eine Armee schaffen, die unter allen Umständen die Unvergleichlichkeit des französischen Bodens gewährleisten würde.

Hoffentlich vergibt man in Frankreich nicht, daß Deutschland das gleiche von sich noch nicht behaupten kann. Hier sind also noch Korrekturen erforderlich!

Die Kontrolle der Rüstungsindustrie.

Eine neue Tagung des Sonderausschusses für die Kontrolle der Rüstungsindustrie beschlossen.

Graf Bernstorff, der Vorsitzende des seit einem Jahre nicht mehr zusammengetretenen Sonderausschusses für die Ausarbeitung eines Abkommens über die Kontrolle der Produktion der privaten Rüstungsindustrie, hat am Montag mit den anlässlich der Tagung des vorbereitenden Abstüzungsausschusses in Genf anwesenden Mitgliedern des Sonderausschusses eine Zusammenkunft gehabt, bei der beschlossen wurde, daß der Sonderausschuß auf jeden Fall vor der nächsten Völkerbundversammlung eine Tagung abhält. Dieser Beschluß ist dadurch möglich geworden, daß Italien und Japan, die bisher gegen die von den Vereinigten Staaten verlangte Einbeziehung der staatlichen Rüstungsindustrie unter die geplante Kontrolle waren, nunmehr ihre Haltung geändert haben.

Abstimmungskundgebung in Gleiwitz. Ein Appell an den Völkerbund. — Rückgabe der ostpreußischen Gebiete gefordert!

Unlänglich der Wiederkehr des Abstimmungstages fand in Gleiwitz eine große Kundgebung ostpreußischer Flüchtlinge und der Bevölkerung der Stadt Gleiwitz statt. Nach einer Ansprache des Oberbürgermeisters und der Kranzniederlegung am Abstimmungsende wurde eine einstimmig angenommene Entscheidung zur Verlesung gebracht, die an den Völkerbund gefandt wurde. Es wird darin betont, daß die fürzlich stattgefundenen Wahlen im Ostoberschlesien erneut bewiesen hätten, daß dieses Land deutsches Land mit deutscher Bevölkerung sei, trotz des Terrors und der Unterdrückung, die auch jetzt wieder eingefordert hätten. Es wird der Hoffnung Ausdruck geben, daß im Völkerbund sich endlich die Erkenntnis brechen möge, daß das Genfer Protokoll ein gewesen sei, daß Oberschlesien ein unmittelbarer Teil Deutschlands und ein unteilbares Garze sei, das infolge seiner hohen deutschen Kultur nur in Verbindung mit seinem Mutterland Deutschland in Fried und Frieden bestehen könne. Es werde daher die Rückgabe der losgelösten Gebiete an Deutschland und bis zu diesem Zeitpunkt ein größerer Schuh der vom Völkerbund garantierten Minderheitenrechte verlangt!

Drucksachen aller Art. C. Zehn

lächte des
einbarum-
stimmung,
ig wieder
hrend im
angerpro-
hebender
Italiens,
ndlungen
lgemeinen
den Neu-

frankreich
cht darin,
n Tanger
außerdem
Bew-
im Kriege
weniger
wie spani-
man in
spanischer
en leichten
n Tanger
Staaten
cht, in der
Insofern
er „offe-

u Grenz-

franzö-
schen Wahl-
mlungen
Der fran-
zen Wähl-
erns mit
irit vor-
wirtschaft-
und folg-
and kam
deutsch-
zeichne
em Wege
Grund-
raufrich-
Pain-
s Leben
ent seine
können.
jet ein
habe sich
nen, die
sol. Die
Arme
erreichlich
dürde.
dicht, daß
haupten
derlich!

trie.
die Kon-
t einem
auschus-
über die
stungs-
der To-
tives in
schusses
wurde,
er nach-
abhält.
en, daß
en Ver-
staat-
ontrolle

wis.

der öf-
ftengages
bergher-
amungs-
Erf-
Böh-
dass die
stellen er-
tsches
es Te-
der ein-
und ge-
ennisse
toll ein
mittels
Ganze
nur in
und in
e daher
tschland
zur ver-

chne

Politische Rundschau.

Berlin, den 20. März 1928.

Der Zentrumsabgeordnete Vorlich feiert in den nächsten Tagen sein 25-jähriges Jubiläum als Vizepräsident des Preußischen Landtags.

Ein ostpreußischer Posauenchor beim Reichspräsidenten. Im Garten des Reichspräsidenten-Palais brachte ein aus 50 ausgewählten Mitgliedern bestehender Posauenchor des Ostpreußischen Evangelischen Jungmänner-Bundes unter Leitung des Vorsitzenden, Pfarrer Machmüller, dem Reichspräsidenten von Hindenburg ein Ständchen dar. — Später wurde der Chor auch von dem preußischen Ministerpräsidenten Braun begrüßt.

Anlässlich der 80. Wiederkehr des Tages der Märzkämpfe von 1848 fanden am 18. März in Berlin und anderen deutschen Städten Gedenktreffen statt. In der Reichshauptstadt veranstaltete das Reichsbanner auf dem historischen Platz vor dem Schlosse eine Kundgebung. Die Gedenkrede hielt der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Reichstagsabgeordneter Graßmann. Auf dem Friedhof der März-Gefallenen hatte ein Ehrenposten des Reichsbanners mit Fahnen Aufführung genommen.

Wieder ein schrecklicher Besatzungssoldat! Auf der Mainzer Messe hantierte ein der Besatzung angehörender französischer Marodessoldat mit einem Gewehr. Als er dabei von herumstehenden Leuten gehängt wurde, drehte er sich plötzlich um und schoß in die Menge, wobei ein junger Metallarbeiter an den Stern verlegt wurde. Der Verlegte mußte dringliche Hilfe in Anspruch nehmen. Der Schießheld wurde verhaftet.

Rundschau im Ausland.

In Vorarlberg fanden Landtagswahlen statt. Mit Ausnahme der Großdeutschen Volkspartei, die ein Mandat einbüßte, fehlten sämtliche Fraktionen in ihrer alten Stärke in den Landtag zurück.

Manus soll die Macht ergreifen.

In fünf Sälen in Bukarest veranstaltete die rumänische nationale Bauernpartei eine eindrucksvolle Kundgebung. Sämtliche Redner forderten den Rücktritt der Regierung, Neuwahlen und die Berufung Manus zur Macht. Die Versammlung nahm eine in diesem Sinne formulierte Entschließung an und beschloß, daß die Delegierten aus der Provinz die Hauptstadt nicht eher verlassen, als bis die Antwort des Regierungsrates vorliegt.

Der Kriegslasten-Etat.

Die Beratungen im Reichstag-Plenum.

Berlin, den 19. März 1928.

Vor Eintreten in die Tagesordnung reiht Präsident Löbel mit, irrtümlicherweise sei am Sonnabend noch einmal über das Gesetz zur Übernahme der Kosten der Kriegsunterstützung auf das Reich abgestimmt worden. Gütlich habe jedoch nur die erste Abstimmung, so daß die Vorlage als abgelehnt zu gelten habe.

Das Haus geht danach zur Tagesordnung über und überweist das Saarzollabkommen und den deutsch-polnischen Baubauerbevertrag an die zuständigen Ausschüsse. Die Vorlage über die Verlängerung des Gesetzes über den Verkehr mit unedlen Metallen wird in erster und zweiter Lesung angenommen. Ebenso bilanziert der Reichstag Ausdehnungsentschließungen, die die Übernahme der durch die Belehnungsverhältnisse den Gemeinden entstandenen Polizeikosten auf das Reich verlangt, und fordert, den Saargängern und Elsässer-Wohringen-Gängern monatlich wieder 14 Mark für Verkehrssteuern und 7 Mark für Pacht zu zahlen. Außerdem erklärt sich der Reichstag damit einverstanden, daß diesen neuen Reichsausdruck zum Abteilungsorden in Mainz erhält.

Darauf wird die zweite Lesung des Haushaltsgesetzes. Die Beratung steht der Kriegsabschaffung, Abg. Dr. Schneider-Dresden (D. P.) bedauert, daß andere Tributarten immer noch nicht endgültig festgelegt sind. Jetzt könne nur mit den Devilien aus den Auslandbanleihen der Schein der Bezahlung aufrecht erhalten werden; das sei aber ein Verlust gegen den Geist des Dawes-Aktomms. Deutschland müsse die Feststellung einer Reparations-Endsumme fordern, die weit unter 40 Milliarden liege.

Abg. Dr. Dernburg (Dem.) weist auf die erstickende Höhe des Kriegslasten-Etats hin. Angesichts dieser Zahlen sei es nicht zu rechtfertigen, daß ein Reichs-Etat vorausgesetzt werde, der eine Prosperität der deutschen Wirtschaft vorlässt, die tatsächlich nicht vorhanden ist. Wenn wir eine Revision des Dawesplanes wollen, dann müßten wir bei uns selbst anfangen und ein Ende machen mit der demagogischen Finanzpolitik, die heute bei uns getrieben werde. Wer sich als reich hinstelle, würde natürlich geschröpfzt.

Abg. Dr. Reichert (Dnl.) fragt, bis zu welchem Stadium die Ausübung des Reichsfinanzministers mit dem Reparationskonto gedeckt sei und wie es mit der Endsumme stehe. Dem Abg. Dernburg sei zugestimmt in der Kritik daran, daß wir durch die nur durch Auslandbanleihen ermöglichten Zahlungen aus als reicher hinstellen, als wir wirklich sind. Bei einer Revision des Dawesplanes müsse auch auf die Verbilligung der Eisenbahnschäden geachtet werden. Die Deutschen könnten jede Verantwortung für die Gestaltung des Dawesplanes ablehnen.

Abg. Dr. Breit (Wirtsch. Bdd.) meint, es sei sehr einfach, sich jetzt gegen den Dawesplan zu erklären. Seine Annahme wäre ohne die Zustimmung der Deutschenationalen nicht möglich gewesen. Gerade die deutschnationalen betroffenen Regierungen hätten die Staats so aufgebaut, daß die Wirkung einer Steigerung der Daweszahlungen war.

Damit ist die Ausprache. Der Kriegslasten-Etat wird angenommen, dazu eine Entschließung zugunsten der Maßlohnlichen Ruhestandessäume.

Der inzwischen eingegangene Erzähldienstshaushalt, der das Notprogramm enthält, wird ohne Ausprache dem Haushalt-Ausschuss überwiesen. Es folgt die

weite Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums.

Der Ausschuss verlangt in einer Entschließung jährliche Abrechnungen über Deckung, Ertrag und Niederschlagung von Geldstrafen.

Abg. Reiter-Baden (Soz.) erklärt, die Steuererhebung der letzten Zeit sei mit unsozialem Geist erfüllt. Die Hauptlast werde von den wirtschaftlichen Schwächsten getragen. Nebenher verlangt schließlich noch die Offenlegung der Steuerlisten.

Abg. Dr. Cremer (D. P.) weist darauf hin, daß die Hauptentnahmen des Reiches nicht aus den direkten Steuern, sondern aus den Sätzen und Verbrauchsabgaben stammen. Damit sei aber nicht gesagt, daß die breiten Massen auf diese

wenige mehr verantwor- teien. Die Vohnsteuer sollte auf eine andere Basis gestellt werden. An die Stelle der Einzelbe- steuerung sollte die Betriebsveranlagung treten. Die ge- räuschvollen Landbund-Demonstrationen, bei denen oft mit unzulässigen, demagogischen Behauptungen gearbeitet werden, seien bedenklich.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) verlangt eine Herabsetzung der Kosten des Finanzministeriums und eine Verminderung seines großen Verwaltungsaufwands im Interesse der Steuerzahler. Das Schreibwerk sei bei den einzelnen Steuerver- anlagen viel zu kompliziert.

Abg. Dr. Brünning (Btr.) nimmt das Reichsfinanzmin- istrium gegen in den Reichstag gebrachte Kritik in Schuß und warnt schließlich noch vor einer Sulzierung der Landbund- agitation.

Abg. Dr. Gehre (Dnl.) verweist auf die steuerliche Belastung der Landwirtschaft, die besonders unter dem Druck der Realsteuern zu leiden habe.

Finanzminister Dr. Höhler,

der alsdann das Wort nimmt, führt aus: Wir sind uns darüber klar, daß eine Änderung der Vohnsteuer notwendig ist. In nächster Zeit werden wir auch über Vollsteuern und Erleichterungen der Besitz- und Verkehrssteuern sprechen müssen. Der Minister bedauert dann, daß das Steuerver- einheitlichungsgebot nicht verabschiedet werden konnte und betont, die Regierung bestreite nicht, daß jeder Verufstand in Zeiten der Not demonstrieren könnte. Die Regierung könnte aber unter keinen Umständen das dulden, was in den letzten Tagen hier und da vorgekommen sei. Zum Schlus kündigte der Minister noch eine Verringerung der Zahl der Finanzräte und Landesfinanzräte an.

Noch längerer Debattie vertrug sich der Reichstag darauf auf Dienstag.

Der Lotterie-Vertrag.

Vom Landtag endgültig angenommen.

Berlin, den 19. März 1928.

Als ersten Punkt der Tagesordnung erledigt der Landtag die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Schwarze Elster, der nach füger Debattie auch in der Schlussabstimmung mit großer Mehrheit angenommen wird. Ebenso gelangt eine Ausbuhnschließung zur Annahme, in der das Staatsministerium erachtet wird, mit der Regierung des Freistaates Sachsen Verhandlungen über die Ausdehnung der Tätigkeit der Elster-Genossehaft auf die in Betracht kommenden Niederschlagsgebiete im Freistaat Sachsen einzuleiten. Gegen die Wochtpartie abgelehnt wird ein deutschnationaler Antrag, bei zu hoher Belastung der Industrie den Staat mit den Kosten zu beladen.

Zwischenfall im Landtag. — Der Vizepräsident legt sein Amt nieder.

Im weiteren Verlauf der Sitzung kam es noch zu einem Zwischenfall. Der amtierende Vizepräsident von Kries hatte den Voten drei Mal zur Seite gerufen und ihm darauf das Wort entzogen. Nach der Gesetzesordnung hätte er jedoch erst das Hand befragten müssen. Der Vizepräsident legt darauf sein Amt nieder. Am Anschluß daran trat der Amts- ratrat an und beschloß, das Wiederwahl des Vizepräsidenten an empfehlen. Die Abstimmung im Landtag findet am Mittwoch statt.

Ein Opfer des Moores.

Der Tote von Königswusterhausen.

Zu einem Moorgraben auf dem Gut „Neue Ziegel“ bei Königswusterhausen war am Sonnabend die Leiche eines unbekannten Mannes aufgefunden worden. Nunmehr ist es der Berliner Nordkommission gelungen, den Toten zu identifizieren. Es handelt sich um den 52 Jahre alten Dreher Georg Dohrmann aus Berlin, der am 10. Februar sich heimlich aus einer Heilanstalt im Grunewald entfernt hatte. Da der nerkenkranke Mann nicht einen Pfennig Geld mitgenommen hatte, so mußte man damit rechnen, daß er planlos umherirte. Auf seinen Wanderungen ist er nach Königswusterhausen gekommen und hat auf dem Moorgelände anscheinend den Weg verloren.

Wahrscheinlich hat er zur Nachtzeit die Eichter des Gründchens geschossen und ist in dieser Richtung weitergewandert, dabei in den tiefen Graben gestürzt und ertrunken. Frau Dohrmann erkannte in der goldenen Uhr, die bei dem Toten gefunden wurde, das Eigentum ihres vermissten Mannes wieder.

Ein großer Gedenktag für Oliva.

750-Jahrfeier des Klosters.

Das Kloster Oliva bei Danzig beging soeben die Feier seines 750-jährigen Bestehens, die mit einem Dankgottesdienst in der seitlich geschmückten Klosterkirche eingeleitet wurde. Gleichzeitig fand die feierliche Einführung des Bischofs Oliva statt.

Bon weltlicher Seite war ein kurzer Festakt im Musiksaal des alten Schlosses veranstaltet, an dem die wichtigsten Persönlichkeiten des Freistaates teilnahmen. Der Präsident des Senats, Dr. Schramm, leitete die Veranstaltung mit einer Festansprache ein, in der er u. a. betonte, daß die 750. Wiederkehr des Tages, an dem die Gründungsurkunde des Klosters Oliva vollzogen wurde, ein großer Gedenktag für Oliva, für die Stadt Danzig, für den Freistaat und weit über dessen Grenzen hinaus

für das gesamte Deutschland im Osten

Ist und daß die geistige Zusammengehörigkeit von Danzig und Oliva, im Jahre 1178 ursprüchlich festgelegt, im Jahre 1926 in der kommunalen Vereinigung ihren entwicklungsgemäßen Abschluß gefunden hat. Er holt u. a. noch hervor, daß das Kloster Oliva der Sitz des Landesmuseums für die Danziger Geschichte ist. Nach der Rede des Senatspräsidenten wurde die Ausstellung des Landesmuseums durch Senator Dr. Strunk eröffnet.

Der Mord an Savorelli.

Nach den letzten Meldungen der französischen Presse soll der italienische Faschist Savorelli in Paris von dem einarmigen Antifaschisten Payan erschossen worden sein. Payan habe in seiner Not durch Savorelli von den Faschisten Unterstüttungen erhalten. Dies sei Payan von den Antifaschisten als Verrat ausgelegt worden. Er sei daher vor ein anarhistisches Gericht gestellt worden, welches ihn beauftragt habe, Savorelli zu erschießen.

* In einem Internat in Salford (Surrey) in England brach Feuer aus; fünf Kinder sind in den Flammen umgekommen.

* Bei einem Feuer, das bei den Vereinigten Werkwerken von Britisch-Kolumbien in Grandby ausbrach, fanden neun Personen ums Leben. Fünf wurden schwer verletzt.

Sport.

22 Rugby-Viertelfinal Deutschland-Frankreich 3:14. Von 15 000 Zuschauern fand in Hannover das 3. Rugby-Viertelfinal statt. Die Franzosen konnten die letzte Niederlage in Frankfurt a. M. ausgleichen und einen glatten Sieg landen. Die deutsche Hölle gestaltete sich für Deutschland sehr günstig. Verschiedene große Chancen wurden aber ausgelassen und nur 3:3 war der Stand zur Pause. In der zweiten Halbzeit beherrschten dann die Franzosen das Feld und holten einen überlegenen Sieg mit 14:3 Punkten heran.

22 American-Football-Viertelfinal Los Angeles-New York 11:12. Die Franzosen konnten die letzte Niederlage in Frankfort a. M. ausgleichen und einen glatten Sieg landen. Die deutsche Hölle gestaltete sich für Deutschland sehr günstig. Verschiedene große Chancen wurden aber ausgelassen und nur 3:3 war der Stand zur Pause. In der zweiten Halbzeit beherrschten dann die Franzosen das Feld und holten einen überlegenen Sieg mit 14:3 Punkten heran.

22 Deutsche Hallen-Tennismeisterschaften. Der Sonntag brachte in Bremen die ersten Entscheidungen. Im Damen-Einzell eroberte Frau Friedeben-Frankfurt die deutsche Meisterschaft durch einen sicheren Sieg über Adel. Kreuz-Bremen mit 6:2, 9:7. Im Herren-Doppel siegten Brenn-Kreuzer erst nach langem Kampf gegen Spieck-Lüdemann 7:5, 6:3, 4:6, 6:2.

22 Am die Handballmeisterschaft. Die norddeutsche Handballmeisterschaft brachte am Sonntag die Endspiele. Die Damenmeisterschaft gewann der S.C. Südkreis gegen Victoria-Hamburg mit 3:2. Die Herrenmeisterschaft wurde von Polizei-Hannover mit 5:2 gewonnen. — In Süddeutschland stand die erste Begegnung zwischen den Gruppeniegern S.B. Darmstadt 98 und D.S.B. München statt. Die Darmstädter siegten überzeugend 7:4. — Im Entscheidungskampf um die süddeutsche Handballmeisterschaft siegte Polizei-Oppeln gegen Polizei-Kottbus 6:2.

22 Die vierjährige Motorrad-Meisterschaft wurde mit dem ersten Rennen am Sonntag, 19. März 1928 auf der 5 Kilometer langen Eilenriede-Strecke bei Hannover eröffnet. Es siegten Geiß-Borussia (bis 175 Kubikzentimeter), Gerlach-Weil (bis 250 Kubikzentimeter) und Bauhofer-München (bis 500 Kubikzentimeter). Beider wurde die Veranstaltung durch einen tödlichen Unfall getötet. Beim Training überstolperte der Lilienthaler U.T.-Fahrer Möden und wurde tödlich aus dem Sattel gestoßen.

22 Neue Glanzleistung von Neitzel. Der Magdeburger Rekordchwimmer bewältigte — ohne Aufschwung angesetzt — am Sonntag 1500 Meter Kreislauf in der neuen deutschen Rekordzeit von 21:20,2 Minuten. Allerdings kann der Rekord nicht offiziell gewertet werden.

22 Fußballtagung in Berlin. Am Sonntag tagte der Vorstand des Deutschen Fußballbundes in Berlin. Gleichzeitig wurde das Olympische Fußballturnier besprochen. Die deutsche Expedition wird aus 31 Akteuren bestehen: 22 Spieler, 6 Offizielle, 1 Schiedsrichter, 1 Massieur und 1 Bureauchef. Ein wunder Punkt der Vorstandssitzung wurde die Frage der Spiele mit Berufsfußballmannschaften. Süddeutschland war für Aufhebung des Spielverbotes und stand tatkräftige Unterstützung in Berlin, Nord- und Südweltdeutschland. Die übrigen Verbände, voran Westdeutschland, sprachen sich gegen die Spiele mit Berufsmannschaften aus. Mitteldeutschland beantragte daher, für den 5. Mai nach Berlin einen neuen Bundestag einzuberufen, der über die Frage entscheiden soll. Die Geschäftsstelle des Bundes wird noch im Laufe des Jahres nach Berlin überziehen. Der Bau eines eigenen Gebäudes auf dem Gelände des Sportforums im Grunewald ist gesichert.

Um die Fußballmeisterschaft.

Noch keine Entscheidung in Berlin. Das zweite Entscheidungsspiel zwischen Hertha-B.G.C. und Tennis-Orussia hatte wieder über 35 000 Zuschauer angelockt. Beide Mannschaften boten keine besonderen Leistungen. Anfangs war Hertha mit Wind klar überlegen, während Tennis weit weniger gefährlich wurde. Trotzdem glänzte Tennis in der 40. Minute das Führungstor nach einer Dringelsei im Hertha-Strafraum. Kurz darauf wurde das Tornetz empfindlich verlegt. Nach Seitenwechsel spielte Tennis zunächst nur mit 10 Mann und Hertha drängte hart. Der Ausgleich kam aber nicht zu stande. Später trat der Vorort wieder ein. 10 Minuten vor Schluss kam ein Tor auf, Tennis behauptete aber bis zum Schluss den Sieg mit 2:1.

Im ersten Spiel hatte bekanntlich Hertha einen knappen 3:2-Sieg errungen, darum haben also beide Mannschaften je ein Spiel gewonnen. Es ist daher noch ein drittes Entscheidungsspiel anzusehen.

Fußball im Reiche. In Norddeutschland wurden am Sonntag die sechzehn 1. Ausscheidungsspiele zum Austrag gebracht. Es gab verschiedene überraschende Ergebnisse. Der Hamburger S.B. hatte große Mühe, in Bremen den dortigen B.G.C. Komet zu schlagen. Zur Pause stand der Kampf noch 3:3. Dann erst glänzte dem H.S.B. der siegreiche Treffer, wobei es bis zum Schluss blieb. Union-Altona erlitt in Hamburg eine nicht erwartete schwere Niederlage durch Arminia-Hannover mit 0:2. Rosenport-Harburg konnte

